



IMAGINE

Wie Nichtregierungsorganisationen
zu einer friedlichen Welt beitragen





INHALT

Vorwort	5
Einführung	6
Frieden: Mehr als nur die Abwesenheit von Krieg	8
Zivile Friedensarbeit in fragilen Staaten	11
Die Perspektive der Bundesregierung	13
Interview: Was Nichtregierungsorganisationen in der Ukraine bewirken	14
Konfliktprävention und Ursachenbekämpfung	18
Kenia: Mediation von Landnutzungskonflikten <i>Ripples International und Kindernothilfe</i>	20
Ägypten: Die Stärkung der Führungsrollen von Frauen <i>CARE Egypt Foundation, CARE International und CARE Deutschland</i> .	23
Usbekistan: Prävention von Extremismus <i>DVV International</i> . .	27
Bildungsarbeit im Inland als Konfliktprävention.	30
Auf sportliche Weise Konfliktursachen beseitigen <i>Eine Welt Netz NRW</i>	31
Bildungsarbeit gegen den Einsatz von Explosivwaffen <i>Handicap International</i>	35
Arbeiten in (eskalierten) Konfliktsituationen	38
Äthiopien: Traumata-Bewältigung für Überlebende sexueller Gewalt <i>Daughters of Charity, Misereor und Caritas international</i>	41
Haiti: Berufliche Bildung für ein friedlicheres Miteinander <i>Fondation St.-Luc und nph Kinderhilfe Lateinamerika</i>	46
Israel: Menschenrechtsarbeit inmitten eines hocheskalierten Konflikts <i>Adalah und Weltfriedensdienst</i>	50



Friedenskonsolidierung in Post-Konflikt-Situationen	55
Kolumbien: Feministische Dialoge auf dem Weg zum Frieden <i>Corporación de Investigación y Acción Social y Económica (CIASE)</i> und Johanniter.....	57
Pakistan: Konfliktbearbeitung durch Senior Citizen Councils <i>Sarhad Rural Support Programme (SRSP) und HelpAge International</i> ..	61
Nigeria: Mit Bohrlöchern und Spargruppen Frieden schaffen <i>Christoffel-Blindenmission (CBM)</i> ..	65
Kamerun: Kinder als Akteur_innen des Friedens <i>ALDEPA und Kinderrechte Afrika</i>	68
Anhang	72
Interviewpartner_innen	73
Quellen	74
VENRO-Mitglieder.....	76
Impressum	78





VORWORT

In einer Zeit zunehmender Spannungen stehen zivilgesellschaftliche Friedensansätze vor neuen Herausforderungen und werden immer wichtiger. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und der Krieg in Gaza nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel haben zur Destabilisierung ganzer Regionen geführt. Die deutsche Regierung spricht von einer „Zeitenwende“, die eine verstärkte Hinwendung zu militärisch geprägten Sicherheitsstrategien markiert. Diese Fokussierung auf Aufrüstung und Wehrfähigkeit birgt jedoch die Gefahr, die Bedeutung nicht-militärischer Friedensfaktoren aus dem Blick zu verlieren.

Das friedenspolitische Leitbild Deutschlands geht auf die Präambel des Grundgesetzes zurück: „Dem Frieden der Welt zu dienen“. Es betont die Wichtigkeit von Konfliktprävention, ziviler Krisenbewältigung und die Stärkung internationaler Zusammenarbeit. Nachhaltiger Frieden kann nicht allein durch militärische Mittel erreicht werden, diplomatische und zivilgesellschaftliche Ansätze sind von essenzieller Bedeutung.

Gerade in den letzten Jahren wurde deutlich, dass globale Krisen wie die Covid-19-Pandemie und die fortschreitende Klimakrise nicht nur menschliches Leid verursachen, sondern auch den sozialen Zusammenhalt gefährden und bestehende Konflikte verschärfen. Die Pandemie führte nicht nur zu wirtschaftlichen Verwerfungen, sondern auch zu einem Vertrauensverlust zwischen den Ländern

des Globalen Südens und den wohlhabenden Industriestaaten. Die Klimakrise wiederum feuert Konflikte weltweit, indem sie unter anderem Lebensgrundlagen zerstört und Ressourcenknappheit verschärft.

Dieser Report zeigt anhand ausgewählter Projekte von Nichtregierungsorganisationen aus der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe, wie vielfältig die Ansätze zivilgesellschaftlicher Friedensarbeit in konfliktiven Kontexten sein können – von der Unterstützung von Kindern und marginalisierten Gruppen bis hin zur Sicherstellung existenzieller Grundbedürfnisse. Die vorgestellten Projekte verdeutlichen, dass der Erfolg solcher Ansätze oft auf dem intensiven Austausch mit lokalen Partner_innen und der Bevölkerung beruht, wie Beispiele aus Kolumbien, Ägypten oder Pakistan zeigen.

Ein friedenspolitisches Leitbild bildet die Grundlage für viele dieser Projekte, die sich auf den zivilen, integrativen Ansatz konzentrieren. Es erinnert uns daran, dass Frieden nicht nur durch das Vermeiden von Gewalt, sondern durch die aktive Förderung von Gerechtigkeit, Teilhabe und menschlicher Sicherheit entstehen kann. Mit diesem Report möchten wir einen Einblick in die wichtige Rolle von NRO in der Friedensarbeit geben und gleichzeitig aufzeigen, dass zivilgesellschaftliches Engagement unverzichtbar bleibt, auch und gerade in Zeiten wachsender globaler Unsicherheit.

Eine gute Lektüre wünschen

Michael Herbst
VENRO-Vorstandsvorsitzender

Gudrun Schattschneider
VENRO-Vorstandsvorsitzende

• • • •

EINFÜHRUNG





Für Schwester Medhin Tesfay aus Äthiopien würde es „alles bedeuten“, in Frieden zu leben: Harmonie mit den Nachbar_innen, Sicherheit und Stabilität. Die Grundbedürfnisse aller Menschen wären gesichert, und das Gute würde immer den Vorzug vor dem Bösen erhalten – sie arbeitet in der Bürgerkriegsregion Tigray und beschreibt so ihren Traum vom Frieden.

Sie erfasst damit eine zentrale Erkenntnis der Friedensforschung in wenigen Worten: Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Umgekehrt gefährden heutzutage nicht nur bewaffnete Auseinandersetzungen und Gewalt den Frieden. Ein friedliches Zusammenleben ist überall dort bedroht, wo der Klimawandel Ernten vernichtet, hohe Energie- und Nahrungspreise Armut und Hunger verstärken, die Folgen der Covid-19-Pandemie Existenzengen gefährden und wo Entwicklungs- und Demokratisierungsritusche zunehmend die Chancen der Menschen auf Teilhabe und freie Entfaltung bedrohen.

Weltweit sind diese Entwicklungen derzeit zu beobachten. Multiple Krisen verstärken sich gegenseitig und untergraben die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben.

Die Friedensforschung bestätigt: Die Welt ist unsicherer und konfliktreicher geworden. Das jüngste [Friedensgutachten](#) deutscher Forschungsinstitute sieht eine „Welt ohne Kompass“. Das Stockholm International Peace Research Institute SIPRI schreibt in seinem aktuellen [Jahrbuch](#), dass sich die globale Sicherheit nicht erst über das ganze Jahr 2023 hinweg verschlechtert hat, sondern bereits im Jahrzehnt zuvor. Unter anderem durch die sich verschärfende Konfrontation zwischen den Großmächten und durch weltweite Rüstungsausgaben in Rekordhöhe. [Daten der schwedischen Universität Uppsala](#) zeigen, dass global die Zahl der Konflikte so hoch ist wie seit 1975 nicht.

Der weltweite Einsatz für den Frieden ist wichtiger denn je. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die

sich auf vielfältige Weise in der praktischen Friedensarbeit vor Ort engagieren und oftmals durch langjährige Kontakte ein besonderes Vertrauen in der lokalen Bevölkerung genießen, sind dabei ein wesentlicher Faktor. Beispielsweise initiieren sie Dialogformate und entwickeln Streitschlichtungsmechanismen, die den lokalen Gegebenheiten gerecht werden. Sie arbeiten in der Friedensbildung, engagieren sich für die Aufarbeitung begangenen Unrechts und geben Überlebenden psychosoziale Unterstützung. Sie setzen sich für die Inklusion benachteiligter Gruppen und für Geschlechtergerechtigkeit ein, leisten unmittelbare Nothilfe in Kriegsgebieten und unterstützen Menschen und Gemeinden in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. So tragen sie zum Abbau struktureller Konfliktursachen bei und dazu, eine langfristig friedliche Entwicklung zu etablieren.

Welchen Weg sie einschlagen, wird nach den lokalen Zusammenhängen entschieden, die die ansässigen Organisationen meist am besten kennen. Oft sind deshalb sie es, die Projekte deutscher Nichtregierungsorganisationen (NRO) durchführen. Inhaltlich entwickeln sie Projekte maßgeblich mit und nutzen während der Umsetzung bestehende Spielräume, um sie flexibel an wechselnde Anforderungen anzupassen. Die deutschen NRO unterstützen sie dabei finanziell und mit technischer, konzeptioneller und inhaltlicher Expertise. Aber auch die inhaltliche Projektentwicklung gestalten sie mit.

Dieser Report zeigt an ausgewählten Beispielen der Friedensarbeit von NRO in verschiedenen Ländern des Globalen Südens, wie zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure zur Prävention gewaltamer Konflikte und zur Förderung von Friedensprozessen in Konfliktregionen beitragen. Ziel ist es, die Auseinandersetzung mit friedenspolitischen Ansätzen in der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe zu bereichern und Anregungen zu bieten, entsprechende Ansätze in die eigene Arbeit aufzunehmen.

• • • •

FRIEDEN: MEHR ALS NUR DIE ABWESENHEIT VON KRIEG





Wenn die Waffen schweigen, ist der Frieden noch nicht erreicht

Nehal Hussein engagiert sich als Projektmanagerin von CARE Egypt Foundation für die Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen. Sie bezeichnet es als eine Form von Gewalt, dass Frauen in Ägypten keine oder nur eine schlechtere Bildung erhielten als Männer, dass sie schlechter bezahlt und von vielen Entscheidungen ausgeschlossen würden. Sie beschreibt damit eine wichtige Erkenntnis der Friedensarbeit und -forschung: Solange Menschen diskriminiert und ausgeschlossen werden, solange ihre Grundbedürfnisse nicht gedeckt sind und sie sich nicht frei entfalten können – solange herrscht kein Frieden.

Dieser Gedanke geht auf den norwegischen Friedensforscher Johan Galtung zurück, der in den 1970er-Jahren seine Konzepte des „negativen Friedens“ und „positiven Friedens“ entwickelte. Galtung sagt: der negative Frieden besteht in der Abwesenheit von direkter Gewalt, also beispielsweise von militärischen Konflikten, Folter, sexualisierter und geschlechtsbezogener Gewalt. Es ist wichtig, diese Gewalt zu beenden und so negativen Frieden zu erlangen. Und zwar als Voraussetzung dafür, dass sich positiver Frieden entwickeln kann. Dieser ist das eigentliche Ziel.

Positiver Frieden ist erst dann erreicht, wenn strukturelle Gewalt abgebaut wird, die durch unterschiedliche zusammenhängende Faktoren entstehen kann:

- durch Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, Alter, Geschlecht, körperlichen Fähigkeiten, sozialer und ethnischer Herkunft oder nationaler Zugehörigkeit,
- durch die ungleiche Verteilung von Ressourcen,
- durch eingeschränkte Lebenschancen aufgrund von Armut, Naturkatastrophen und Umweltverschmutzung.

Nach Galtung ist der positive Frieden bedroht, sobald Grundbedürfnisse verletzt werden, deren Erfüllung das menschliche Überleben sichert: das körperliche Wohlbefinden, die persönliche Identität oder die Freiheit, zwischen verschiedenen Möglichkeiten auszuwählen. Kurz: solange Menschen daran gehindert werden, sich frei zu entfalten. Positiver Frieden ist also ein Prozess, der stets von Neuem ausgehandelt werden muss.

Positiver Frieden und die Arbeit von NRO

Es trägt wesentlich zu einem positiven Frieden bei, wenn die grundlegenden Bedürfnisse von Menschen gedeckt werden oder zumindest der Mangel verringert wird – physiologische Bedürfnisse wie Wasser, Schlaf, Wärme; das Bedürfnis nach Sicherheit, Schutz und Stabilität; soziale Bedürfnisse wie Zugehörigkeit und soziale Kontakte; das Bedürfnis nach Anerkennung und Wertschätzung sowie das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung.

An dieser Idee eines positiven Friedens zeigt sich, wie wichtig Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe für die Friedensarbeit sind. Der Ansatz des Humanitarian-Development-Peace-Nexus (HDP-Nexus) bringt Humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung zusammen, um nachhaltige Lösungen für Krisen und Konflikte zu schaffen. In der Arbeit vieler NRO spielt er eine wichtige Rolle.

Der Humanitarian-Development-Peace-Nexus (HDP-Nexus)

Der **HDP-Nexus** will die Kohärenz und Komplementarität zwischen Humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensarbeit fördern. Es werden Lösungen entwickelt, die zu einer nachhaltigen Integration beitragen und die Resilienz in Krisenkontexten stärken.



Gemeindeversammlung in Kenia zur Friedenskonsolidierung © Ripples International

Wer positiven Frieden anstrebt, muss strukturelle Gewalt in den Blick nehmen. Dazu zählen ungleiche Machtverhältnisse, die Folgen von Kolonialismus, Diskriminierung, Klimawandel und Umweltzerstörung. Strukturelle Gewalt abzubauen, ist für die – nicht nur zivilgesellschaftliche – Entwicklungs- und Friedensarbeit von entscheidender Bedeutung. Daran knüpfen Ansätze wie die zur feministischen Außen- und Entwicklungspolitik an, die auch die Bundesregierung verfolgt. Oder solche zur Dekolonialisierung und zu Environmental Peacebuilding, die den Abbau struktureller Friedenshindernisse vorantreiben.

Wie entwicklungspolitische und humanitäre Nichtregierungsorganisationen den Folgen von Kolonialismus in ihrer Arbeit begegnen können, zeigt der NRO-Report [Shifting Power](#) von VENRO.

Ein zentrales Konzept gilt dabei der menschlichen Sicherheit. Es stellt nicht mehr den Schutz von Staaten durch Aufrüstung in den Mittelpunkt von Sicherheitspolitik, sondern den Bevölkerschutz durch nachhaltige menschliche Entwicklung, Konfliktprävention und Friedenssicherung. Dies korrespondiert mit der Idee eines positiven Friedens. Als Ausgangspunkt für die Debatte um die menschliche Sicherheit gilt der 1994 vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) veröffentlichte [Bericht über die menschliche Entwicklung](#). Die im Jahr 2000 verabschiedeten Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der Vereinten Nationen knüpfen an dieses Konzept an. Sie betonen, wie bedeutend starke Institutionen für einen gerechten, inklusiven Frieden sind.



ZIVILE FRIEDENSARBEIT IN FRAGILEN STAATEN

Zunehmend findet Entwicklungszusammenarbeit in fragilen Staaten statt, die durch schwache Institutionen, teils hohe Korruption, ungleiche Ressourcenverteilung und Chancenungleichheit sowie weitere destabilisierende Faktoren gekennzeichnet sind.

Gerade in solchen Verhältnissen sind lokale zivilgesellschaftliche Organisationen – soziale Basisorganisationen, religiöse Gruppen, Gewerkschaften, Ältestenräte, Selbsthilfegruppen – wichtige Partner_innen in der Friedensarbeit. Wo staatliche Akteur_innen nicht vorhanden, nicht willens oder geschwächt und deshalb nicht in der Lage zu einer wirksamen Kooperation sind, werden zivilgesellschaftliche Organisationen umso mehr gebraucht. Das kann allerdings erhebliche Risiken bergen: Sind NRO allein für die Notversorgung der Bevölkerung, für Konfliktintervention und Friedensarbeit zuständig, fehlen ihnen schnell die dafür nötigen Mittel oder die technischen sowie personellen Kapazitäten. Ureigene staatliche Aufgaben sollten sie nicht auf Dauer übernehmen. Gleichwohl sind sie in der Friedensarbeit oftmals unverzichtbar.

Die Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe in fragilen Staaten beschreibt das VENRO-Positionspapier **»Noch Ausnahme oder schon Normalfall?«**

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) greift diese Ambivalenz auf, wenn es erklärt, hauptsächlich mit staatlichen Akteur_innen der Partnerländer zusammenzuarbeiten, um diese „zusätzlich in ihrer Funktion als legitime Akteure“ zu stärken.

Zugleich setzt das BMZ gerade in Friedensprozessen besonders auf die Zusammenarbeit mit der lokalen Zivilgesellschaft: „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und nachhaltiger Frieden kann nur gelingen, wenn die gesamte Bevölkerung mit am (Friedens-)Tisch sitzt“, stellt das Ministerium auf seiner Homepage klar.

Peter Wolfrum, im BMZ zuständig für den Zivilen Friedensdienst, sagt: „Wenn man nachhaltig Frieden sichern will, dann geht das nur mit der lokalen Zivilgesellschaft. Das sind die Menschen, die den Kontext und die Möglichkeiten für Konflikttransformation kennen – und die nach den Friedensprozessen dortbleiben und allein deshalb schon das größte Interesse an einer friedlichen Entwicklung haben.“

Aber auch die internationalen NRO spielen eine wesentliche Rolle, ergänzt Henriette Sachse, im BMZ stellvertretende Referatsleiterin für die **»strukturbildende Übergangshilfe«**. Wichtig sei die „gute Mischung, weil dann unterschiedliche Aspekte und Wissensbestände eingebracht werden können“.

Konflikte friedlich verhandeln

Das gewaltfreie Aushandeln von Konflikten – möglichst unter Einbeziehung aller Betroffenen und Beteiligten – ist ein zentrales Element der Friedensarbeit. Denn Konflikte sind nicht per se negativ. Gelingt ein konstruktiver Dialog zwischen Menschen oder Gruppen mit unterschiedlichen Interessen, Weltsichten und Wertvorstellungen, kann ein Konflikt zu neuen, kreativen, von allen Beteiligten akzeptierten Lösungen führen. Im Idealfall wird dadurch die Lage aller verbessert, der Ausbruch von Gewalt verhindert, und die

positive Erfahrung stärkt die Fähigkeit der Gesellschaft, künftig friedliche Wege zu finden. So wird ihre Widerstandskraft gegen Gewalt gestärkt.

Werden Konflikte dagegen vermieden oder unterdrückt oder werden größere Bevölkerungsgruppen nicht gehört, besteht die Gefahr, dass sich die Spannungen unter der Oberfläche noch verschärfen. Dann könnte Gewalt später umso stärker ausbrechen. Doch ist ein Konflikt einmal auf einer höheren Konfliktstufe eskaliert, können kaum mehr alle Kräfte einbezogen werden. Die Suche nach friedlichen Lösungen wird sehr viel schwieriger, wenngleich zivilgesellschaftliche Friedensarbeit auch in solchen Situationen etwas bewirken kann: indem sie Konfliktfolgen lindert, Notfallhilfe leistet, die Resilienz der Zivilbevölkerung stärkt und einem Gewaltausbruch durch friedliche Konfliktlösungsmechanismen entgegenwirkt.

Dieser Report zeigt in einigen Beispielen, wie konstruktiver Austausch gelingen kann: ob in feministischen Dialogen für mehr Mitbestimmung in Kolumbien (Seite 57), indem die Autorität der Älteren in Pakistan einbezogen wird (Seite 61), institutionalisiert in Mediationszentren in kenianischen Gemeinden (Seite 20) oder begleitend zu Aktivitäten in dörflichen Sparclubs in Nigeria (Seite 65).

Wie die Beispiele zeigen, ist je nach Kontext viel Feingefühl nötig, um Aushandlungsprozesse im Einklang mit den örtlichen Geprägtheiten anzustossen. Friedensarbeit soll helfen, bestehende Konflikte zu überwinden und Diskriminierungen aufzulösen. Möglicherweise aber tragen die Projektpartner_innen diese Konflikte in sich oder reproduzieren bewusst oder unbewusst traditionelle Diskriminierungen, etwa von Frauen. Nur wenn alle Konfliktparteien, auch die blockierenden Kräfte am Aushandlungsprozess beteiligt sind, können nachhaltige Lösungen erreicht werden. Selbst wenn es so langsamer vorangeht, wird der letztlich erzielte Kompromiss stabiler sein.



Informationsveranstaltung zum Internationalen Frauentag in Juba/Südsudan, März 2024 © July Tabu/CARE

Bestimmte Werte dürfe man aber dennoch nicht aufgeben, sagt Henriette Sachse vom BMZ: „Wenn es um Frauenrechte geht, dann hilft es eben nicht zu sagen: Naja, so ist eben die Tradition, dann werden die Frauen in dem Fall benachteiligt, wenn es dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der sozialen Kohäsion hilft. Das können wir aus Menschenrechtsperspektive und mit Blick auf die Agenda 2030 nicht einfach so hinnehmen. Unsere Partnerländer und wir haben da eine gemeinsame Verpflichtung. Da braucht es einen Diskurs – denn, wir wissen ja auch, dass es keine gute und nachhaltige Lösung ist, Gruppen auszuschließen.“

Wie entwicklungspolitische und humanitäre Nichtregierungsorganisationen ihre Arbeit feministischer gestalten können, zeigt VENRO im NRO-Report [«Feminist Journeys»](#). In der Stellungnahme [«Von der Idee zur Realität»](#) formuliert VENRO Empfehlungen zur Umsetzung und Institutionalisierung feministischer Außen- und Entwicklungspolitik in Deutschland.

DIE PERSPEKTIVE DER BUNDESREGIERUNG

Wie in ihren Leitlinien [«Krisen bewältigen, Konflikte verhindern, Frieden fördern»](#) aus dem Jahr 2017 formuliert, richtet die Bundesregierung ihre Arbeit an der Vision des positiven Friedens aus. Das BMZ schreibt im Factsheet [«Frieden fördern. Resilienz stärken»](#): „Frieden ist ein Prozess und beginnt mit der Abwesenheit organisierter, physischer Gewalt. Er ist nur dann im Sinne eines positiven Friedens nachhaltig, wenn die Fähigkeit einer Gesellschaft, friedlich miteinander umzugehen, gestärkt und Ursachen gewaltssamer Konflikte bearbeitet werden.“

Peter Wolfrum vom BMZ formuliert es schlicht so: „Frieden ist für uns als Ministerium ein Gesamtauftrag. Er ist die Basis für eine nachhaltige Entwicklung, die wir in unseren Partnerländern erreichen wollen. Unsere Arbeit soll in den Partnerländern und weltweit zum Frieden beitragen. Denn ein Mangel an nachhaltiger Entwicklung kann Nährboden sein für eine Eskalation der Gewalt – die dann irgendwann auch uns betreffen kann.“

Nachdem im Juni 2023 die erste nationale Sicherheitsstrategie verabschiedet wurde, sollen nun die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ überarbeitet werden. Das Forum Menschenrechte, das Konsortium Ziviler Friedensdienst, die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und VENRO haben dazu eine gemeinsame Stellungnahme [«Deutschlands Engagement für Krisenprävention und Friedensförderung darf nicht unter die Räder kommen»](#) herausgegeben.

Vorrangiges Ziel der Bundesregierung ist es, Gewaltausbrüche zu verhindern. Um die Widerstandskraft von Gemeinschaften gegenüber Krisen und Gewalt zu stärken, nutzt das BMZ unter anderem das Instrument der strukturbildenden Übergangshilfe, die zwischen Humanitärer Hilfe und langfristiger Entwicklungskooperation angesiedelt ist. Dieses Instrument verknüpft Maßnahmen zur Ernährungssicherung der Bevölkerung mit dem Wiederaufbau elementarer Infrastruktur und Dienstleistungen, dem Katastrophenrisiko-management und der Förderung eines friedlichen und inklusiven Zusammenlebens.

Die Übergangshilfe kann auch die soziale Kohäsion stärken, also die Beziehungen innerhalb einer Gesellschaft und die Verbundenheit mit dem Gemeinwesen, erklärt Henriette Sachse (BMZ): „Das ist der Beitrag, den wir mit unserem begrenzten Mandat zu einem friedlicheren Zusammenleben auf lokaler Ebene in Krisenkontexten leisten können.“ Zugleich stärkt die strukturbildende Übergangshilfe auch den HDP-Nexus, „also die bessere Koordinierung, aber auch Komplementarität zwischen Humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung.“



Aufforstungsprojekt in Kolumbien © Johanniter



INTERVIEW

WAS NICHTREGIERUNGS-ORGANISATIONEN IN DER UKRAINE BEWIRKEN

Bisher waren viele Konzepte der zivilen Konfliktbearbeitung vor allem auf innerstaatliche Konflikte fokussiert. Der Krieg in der Ukraine hat das verändert. Welche Folgen hat die kriegerische Eskalation für die Arbeit der dort aktiven Nichtregierungsorganisationen (NRO)? Welche Handlungsräume haben die Partnerorganisationen deutscher NRO – und wie können sie mitten im Krieg zur Friedensförderung beitragen? Darüber spricht die Autorin mit Vertreter_innen von drei VENRO-Mitgliedern, die sich auf unterschiedliche Art in der Ukraine engagieren: Christoph Bals, politischer Geschäftsführer von Germanwatch, David El Haidag, Programmmanagement und Koordination Ukraine von Help – Hilfe zur Selbsthilfe, Sebastian Hundt und Maria Tuzani, Geschäftsführer und Koordinatorin der Ukraine-Arbeit von Eine Welt Leipzig.

stützung durch die Bundesregierung aussehen wird – also in welchem Ausmaß wir unsere Arbeit mittelfristig weiterführen können.

Welche Handlungsräume haben NRO, in einem so unsicheren Umfeld etwas zu bewirken?

El Haidag: Die Sicherheitslage ist für uns ein riesiges Problem. An der Kontaktlinie, wo gekämpft wird und Bomben fallen, ist der humanitäre Bedarf am größten – genau dort müssen wir hin. In einer Schule in Charkiw haben wir Binnenvertriebene für Bargeldhilfe registriert. Während sie anstanden, wurde die Schule beschossen. Glücklicherweise wurden die Menschen vor Ort gerade noch rechtzeitig gewarnt, dabei hatten sie nur wenige Sekunden, um sich in Sicherheit zu bringen. So etwas kann täglich passieren. Und unsere ukrainischen Kolleg_innen sind zusätzlichen Risiken ausgesetzt, so wurde beispielsweise ein Mitarbeiter einer lokalen Partnerorganisation von russischen Soldaten entführt. Seitdem haben wir von ihm nichts mehr gehört.

Herr Bals, die Ukraine befindet sich mitten im Krieg, und Germanwatch beschäftigt sich jetzt schon mit der Frage, wie ein künftiger Wiederaufbau aussehen könnte. Auf welcher Basis kann man darüber zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt sprechen?

Bals: Das ist natürlich mit einer ungeheuren Unsicherheit darüber verbunden, wie es weitergeht und wann man mit einem wirklich ernsthaften Wiederaufbau beginnen kann und nicht nur damit, die Dinge provisorisch zu reparieren. Wir sind auch nicht sicher, wie die weitere finanzielle Unter-

Bals: Weil viele Mitglieder der ukrainischen Zivilgesellschaft nach Deutschland oder in andere europäische Länder geflohen sind, findet ein Teil unserer Kooperation jetzt nicht mehr in der Ukraine selbst statt, sondern innerhalb Deutschlands oder zwischen Deutschland und anderen europäischen Ländern. Wir denken viel darüber nach, wie ein Wiederaufbau aussehen muss, der wirklich im Interesse der Ukraine ist. Und mit unseren Partnerorganisationen überlegen wir, wie wir den Kohleausstieg an Orten vorantreiben können, die sich nicht in der Hauptkriegszone befinden.



Hundt: Wir sind eine kleine Organisation. Wir reagieren kurzfristig auf die Notwendigkeiten. Dabei stoßen wir mit unseren Ressourcen oft an Grenzen – wenn ein Kinderheim Schutzräume braucht, sind wir nicht in der Lage, die zu bauen. Hier in Leipzig sehen wir, dass die Menschen aus der Ukraine sich sehr stark selbst organisieren, etwa um Hilfsgüter in ihre Heimat zu schicken oder um sich hier zu treffen und gemeinsam etwas zu unternehmen.

Tuzani: Die mentale Gesundheit der Menschen ist eine Herausforderung – nicht nur bei denen, die gekämpft haben, auch unter der Zivilbevölkerung. Sie sind noch nicht ganz hier angekommen, aber auch nicht mehr in der Ukraine. Es hilft, dass sich die Menschen hier treffen können und etwas zusammen unternehmen. Angefangen haben wir mit einem Yogakurs. Dann wollten immer mehr Personen ihre Hobbies zeigen. Das sind praktisch Selbsthilfetreffen. Manchmal haben wir Leute eingeladen, die etwas über die deutsche Arbeitswelt erzählen.

Was trägt all das zur Friedensförderung bei?

Bals: Ein wichtiger Kern für konstruktive Zukunftsszenarien ist, welche Rolle eine in die EU integrierte Ukraine für den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas für den Aufbau eines resilienteren und nachhaltigen Energie- und Ernährungssystems in der EU und darüber hinaus spielen kann; und wie ein Russland der Nach-Putin-Zeit Auswege aus dem Ressourcenfluch, bedingt durch die massive Abhängigkeit vom Export fossiler Ressourcen,

finden kann. Ausgehend von unseren Kernthemen, der Transformation des Energie- und Ernährungssystems, loten wir derzeit unsere Rolle aus, wie man nach dem russischen Angriffskrieg die Ukraine bei Wiederaufbau und Integration in die EU unterstützen und zugleich Wege bereiten kann für eine neue Friedensordnung. Darüber sprechen wir mit Ukrainer_innen und mit Menschen, die Russland verlassen mussten, weil sie sich beispielsweise gegen den Krieg positioniert haben. Es röhrt an Identitätsfragen und an tief verankerte Traumata. Als international aufgestellte NRO, die sich den Menschenrechten verpflichtet fühlt, wollen wir schauen: Wie können wir da gemeinsam vorangehen und den Beteiligten die Möglichkeit eröffnen, sich später selbst wieder einzureihen? Das ist ein Lernprozess mit offenem Ausgang.

El Haidag: Frieden zu schaffen ist nicht unser Mandat. Aber ich denke, dass unsere Arbeit dazu beiträgt, die Grundlagen für Frieden zu schaffen. Denn je größer die Zerstörungen und Verletzungen am Kriegsende sind, desto schwieriger wird es sein, die Gräben zu schließen.

Wie lassen sich Gräben schließen?

Hundt: Wir haben schon immer mit Einrichtungen in Russland und der Ukraine gearbeitet, und bisher halten wir den Kontakt. Unsere dortige Partnerorganisation ist in Russland als NRO noch nicht verboten, und wir dürfen noch Freiwillige von dort aufnehmen – zuletzt waren das allerdings



Christoph Bals
Germanwatch



David El Haidag
Help – Hilfe zur Selbsthilfe



Sebastian Hundt und Maria Tuzani
Eine Welt Leipzig

Freiwillige, die weg wollten aus Russland. Manchmal kommt es hier in Leipzig auch zu Spannungen zwischen ukrainischen und russischen Geflüchteten.

Tuzani: In unserem Netzwerk sind auch ehemalige Freiwillige aus Russland, die schon seit Jahren in Leipzig wohnen. Viele haben von Anfang an viel für unsere Ukraine-Arbeit getan.

Hundt: Sie fühlen sich verpflichtet, etwas für die Ukraine zu tun, oftmals aus einer Art Schuldgefühl heraus. Sie wissen, dass es eine riesige Ungerechtigkeit ist, was in der Ukraine passiert, und sie können kaum etwas dagegen tun – außer sich bei uns einzubringen.

Tuzani: Wenn Geflüchtete aus der Ukraine hier in Leipzig Menschen mit russischem Hintergrund kennenlernen, die ihnen tatsächlich helfen, dann kann das schon etwas bewirken. Aber man muss das sehr sensibel angehen. Auf keinen Fall darf man die Menschen zu irgendetwas zwingen. Im Betreuungsteam unseres Feriencamps war eine Künstlerin aus Russland, die zu Anfang des Kriegs nach Deutschland gekommen ist und sich hier stark engagiert. Aber die Kinder haben sie erst einmal nicht angenommen. Erst nach und nach war das möglich.



Feriencamp für Kinder aus der Ukraine © Eine Welt Leipzig



Einsatz für einen grünen und gerecht gestalteten Wiederaufbau der Ukraine © Germanwatch

Wie schätzen Sie die Chancen für Ihre Arbeit in der Ukraine in den kommenden zwei, drei Jahren ein?

Bals: Wir arbeiten mit Szenarien – und bereiten uns vor allem auf eines vor, mit dem wir relativ konstruktiv arbeiten können. Wir möchten vermeiden, einer negativen Selffulfilling Prophecy zu folgen, sondern alles dafür tun, dass positive Entwicklungen möglich sind.

El Haidag: Solange der Krieg anhält, werden wir sehr viel Arbeit haben. Und wenn irgendwann der Übergang kommt von der Humanitären Hilfe zum Wiederaufbau und zu längerfristiger Entwicklungsarbeit, dann haben wir starke Organisationen vor Ort, die im Idealfall übernehmen und die bisherige gemeinsame Arbeit auch allein fortführen können. Das ist die Stärke der Zivilgesellschaft. Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg.

Tuzani: Wir werden die Menschen weiter unterstützen, damit sie die Folgen des Krieges bewältigen können, für ihre Familien, ihre Gemeinschaften und ihre Städte. Irgendwann wird dieser Krieg vorbei sein. Dann wird es der Ukraine wieder besser gehen – denn schlimmer kann es nicht mehr werden.



Die Arbeit in der Ukraine von...

Help

Bevor Russland im Februar 2022 in die Ukraine einmarschierte, war Help dort in der ländlichen Entwicklung aktiv. Doch seit der Eskalation des Konflikts hat die NRO ihre Arbeit radikal umgestellt. Heute besteht ihre Tätigkeit zu 90 Prozent aus Humanitärer Nothilfe. Sie unterhält nicht nur eins, sondern vier Büros und beschäftigt nicht nur fünf, sondern rund 40 Personen. In Kooperation mit Gemeinden und verschiedenen Partnerorganisationen in der Ukraine – die wichtigsten Partnerinnen sind NRO Analyst, NRO Girls, CO SF „Safe Sky“ – unterstützt Help Geflüchtete mit Bargeld, leistet psychologische und medizinische Hilfe und führt Hygienemaßnahmen durch. Das operative Zentrum befindet sich in Charkiw, also nahe der Kontaktlinie. Als der Krieg eskalierte, stieg das Spendenaufkommen zunächst stark, ging aber mit abnehmender medialer Aufmerksamkeit wieder zurück. Help rechnet damit, aufgrund der von der Bundesregierung (2024) geplanten Haushaltskürzungen künftig weniger Geld für seine Arbeit zur Verfügung zu haben.

Winnyzja, Notunterkünfte für Geflüchtete in Luzk und eine Geburtsklinik in Winnyzja. Zu Weihnachten hat Eine Welt Leipzig eine Geschenkeaktion für die Ukraine organisiert und im Sommer ein Ferienlager in Deutschland für Kinder aus Luzk veranstaltet, die wegen des Krieges entweder ihren Vater oder beide Eltern verloren haben.

Germanwatch

Germanwatch arbeitet seit etwa acht Jahren mit zwei Partnerinnen in der Ukraine zusammen: mit der Menschenrechts-NRO Alternativa und der Umwelt- und Klima-NRO Ecoaction. Lange Zeit lag der Fokus vor allem auf dem Donbass. Die Menschen dort lebten von Kohle und Stahl, doch erodierte das Geschäftsmodell schon in den 1990ern und brach in der ersten Phase des Krieges nach 2014 zusammen. Um den Aufbau von Alternativen zu unterstützen und einen gerechten Strukturwandel voranzutreiben, bauten die Germanwatch-Partnerinnen gemeinsam mit neun Kommunen eine Plattform zu den Kohlestädten im Donbass auf, an der sich die Städte sehr aktiv beteiligten. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs führt eine Reihe der bisherigen Bürgermeister_innen die gemeinsame Arbeit mit Germanwatch fort. Im Fokus steht nicht mehr nur die Transformation, sondern ein möglicher Wiederaufbau der Region, eine bessere Wasserqualität oder dezentrale Energieversorgung, die nicht leicht angegriffen werden kann. Alternativa informierte, so lange die Kapazitäten der Organisation es zuließen, über die Menschenrechtsverletzungen und die Zerstörung von Energieinfrastruktur in den von Russland besetzten oder angegriffenen Gebieten, vor allem im Donbass.

Eine Welt Leipzig

Eine Welt Leipzig vermittelt junge Menschen als Freiwillige in Länder weltweit. Früher gingen sehr viele in die Ukraine und nach Russland. Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine ist das nicht mehr möglich. Nun steht die NRO ukrainischen Geflüchteten in Leipzig zur Seite, begleitet sie beispielsweise bei Behördengängen und hilft im Alltag. Daneben unterstützt sie punktuell Projekte und Einrichtungen in der Ukraine, etwa ein Altenheim im Dorf Ulaniw im Gebiet

• • • •

KONFLIKT- PRÄVENTION UND URSACHEN- BEKÄMPFUNG





Konflikte haben vielfältige Ursachen, beispielsweise: Streit über lebensnotwendige Ressourcen wie Land, Nahrung und Wasser, fehlende Zukunftsaussichten, mangelnde Bildung, Geschichten, in denen „die Anderen“ als Feinde dargestellt werden, die Marginalisierung und Entrechtung bestimmter Bevölkerungsgruppen, gewalttätiger Extremismus, der sich über Landesgrenzen ausbreitet. Oft verstärken sich die Faktoren gegenseitig.

Entwicklungspolitische Projekte können in der Praxis zur Konfliktprävention und zum Abbau von Konfliktursachen beitragen. In den hier beschriebenen Projektbeispielen werden praktische Herausforderungen und wichtige Erkenntnisse sichtbar.

Vielleicht klingt es banal, dass ein Verständnis für Konfliktursachen entscheidend dazu beiträgt, dass Prävention gelingt. Doch es ist nicht immer selbstverständlich. Das zeigt das Beispiel von Tatyana Zaichenko. Sie leitet das Länderbüro von DVV International in Usbekistan, engagiert sich für Extremismusprävention durch Bildung und berichtet Folgendes: Ein Jahr lang habe es gedauert, zu verstehen, warum sich Menschen in Usbekistan radikalisieren, welche Bevölkerungsgruppen besonders gefährdet sind, um dann ein Curriculum zu entwickeln, das dem gewalttamen Extremismus vorbeugen soll.

Ein anderes Beispiel ist die Arbeit der Organisation Ripples International in Kenia. Dort wird unter anderem mit Hirtengruppen und sesshaften bäuerlichen Gemeinschaften daran gearbeitet, Landkonflikte zu entschärfen. Ressourcenknappheit ist schon heute eine häufige Ursache für Konflikte. Sie werden mit der fortschreitenden Klimakrise weltweit zahlreicher und intensiver werden. Ripples unterstützt die Menschen unter anderem dabei, den Boden schonender zu nutzen und setzt so direkt an der Wurzel des Konflikts an.

Eine weitere Erkenntnis gilt dem Dialog als notwendiges Instrument, um Konfliktescalation zu vermeiden oder um zu verhindern, dass Konflikte aufkommen. Dies zeigen beispielsweise die Mediationszentren, die Ripples International in Kenia unterhält oder die Bildungsarbeit von DVV International, aber auch das Projekt SWoMo von CARE International in Ägypten und weiteren Ländern. Zivilgesellschaftliche Friedensarbeit beginne dort, „wo Menschen anfangen, miteinander zu reden“, sagt CARE-Projektmanagerin Nehal Hussein, „wo sie Institutionen reformieren und Beziehungen zwischen Menschen und auch zwischen Menschen und Institutionen verbessern“.

Viele Beispiele in diesem Bericht dokumentieren, wie wichtig es ist, auf allen Ebenen des Dialogs neben den unmittelbar am Konflikt Beteiligten, Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Institutionen einzubeziehen: Gemeindevorstehende, religiöse Führungsfiguren, Älteste, Regierungsbehörden oder männliche Familienangehörige. Dialog zieht sich als roter Faden durch alle Kapitel. Es ist essenziell, miteinander in den Austausch zu treten, insbesondere bei eskalierten Konflikten oder zur Friedenskonsolidierung.

Für Friedensarbeit ist es elementar, die Rechte aller Menschen gleichermaßen zu schützen und insbesondere die vollständige Teilhabe von marginalisierten Gruppen anzustreben. Frieden bedeutet auch, dass alle einen gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen, zur Partizipation an Entscheidungen haben und die Möglichkeit und Fähigkeit, selbst Verantwortung zu übernehmen – „von A bis Z“, wie Nehal Hussein von CARE Egypt Foundation sagt.

„Zivilgesellschaftliche Friedensarbeit beginnt dort, wo Menschen anfangen, miteinander zu reden.“

Nehal Hussein, CARE



KENIA

MEDIATION VON LAND-NUTZUNGSKONFLIKTEN

Ripples International und Kindernothilfe

In Kenia geraten sesshafte Agrargemeinschaften und nomadisch lebende Hirtengruppen oft über Landressourcen in Konflikt. Der Klimawandel verstärkt die Knappheit und die Streitigkeiten. Die christliche Kinderrechtsorganisation Ripples International engagiert sich mit anderen kenianischen Einrichtungen in der Konfliktprävention. Sie baut Mediationszentren auf, in denen Konflikte friedlich beigelegt werden können. Im Interview sprechen Kuratoriumsmitglied und Rechtsberater John Burke Baidoo und Programmmanager Prince Mwenda über ihre Arbeit.

„Unser Hauptaugenmerk liegt auf dem Schutz der Rechte von Kindern“, sagt Mwenda. „Wir betreiben Kinderheime, beraten Familien und kümmern uns um Frauen und Mädchen, die Gewalt erlebt haben. Wir fördern die Bildung von Kindern und sensibilisieren die Gemeinschaften für die Bedürfnisse und Rechte von Kindern. Um Kinderrechte auch auf juristischem Weg zu stärken, befassen wir uns mit Fragen des Familienrechts – und mit der Lösung von familiären und anderen Konflikten durch Mediation.“

In Regionen Kenias, in denen es Ressourcenkonflikte zwischen sesshaften Bauernfamilien und nomadischen Hirtengruppen gibt, arbeitet Ripples daran, sie zu verhindern oder beizulegen. „Die Gemeinschaften konkurrieren um Land“, erklärt

Mwenda. „Die Flächen sind knapp und werden durch den Klimawandel noch knapper. Das verschärft bereits bestehende Konflikte. Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen sind schon viele Menschen gestorben, oder sie haben ihre Existenzgrundlage verloren.“ Kinder litten darunter besonders. Deshalb engagiert sich Ripples International auch im Landnutzungsbereich für die Konfliktprävention.

Die Kindernothilfe arbeitet seit rund zehn Jahren mit Ripples zusammen. Ihr gemeinsamer Fokus liegt auf den Kinderrechten, und es unterstützt die Friedensförderung, dass beide NRO in der Humanitären Hilfe kooperieren – etwa durch die Ausgabe von Saatgut oder Schulspeisungen.

Kooperation mit lokalen und nationalen Akteur_innen

Zur Konfliktprävention kooperiert Ripples eng mit Gemeindevorstehenden, lokalen Regierungsbehörden, dem Kenianischen Roten Kreuz und der Nationalen Behörde für Dürremanagement. Auf regelmäßigen Treffen wird erörtert, wie Streitigkeiten um Land oder Wasser vermieden werden können. Zugleich ist Ripples Mitglied einer Bezirks-Steuerungsgruppe für Friedenskonsolidierung. Diese befasst sich mit der gleichen Frage und steht im Dialog mit Hirten, die mit ihrem Vieh zwischen den Bezirken Isiolo, Meru und Marsabit umherziehen. „Wir ermöglichen die Treffen eines Friedenskomitees, in dem Menschen aus bäuerlichen Ortschaften und aus nomadischen Hirtengemeinschaften zusammenkommen“, berichtet Mwenda.

„In den Versöhnungszentren können sich Konfliktparteien einigen, ohne dass jemand verliert.“

John Burke Baidoo, Ripples International



Treffen eines Ältestenrats in Kenia © Ripples International

„Sie haben zuvor ein Abkommen unterzeichnet, in dem zum Beispiel die Hirten zugesagt haben, ihren Viehbestand zu reduzieren. Das Komitee prüft dessen Umsetzung. Daneben unterstützen wir lokale Führungspersönlichkeiten, die eine Mediationsausbildung absolvieren möchten. So eröffnen wir ihnen eine zusätzliche Möglichkeit, um Konflikte vor Ort beizulegen.“

Bei der kenianischen Regierung sowie bei lokalen Führungspersönlichkeiten und Behörden setzt sich Ripples für eine Landnutzungspolitik ein, „die die Bedürfnisse und die Rechte sowohl der Hirtenfamilien als auch der bäuerlichen Gemeinschaften anerkennt“, so Mwenda. Die lokalen Gemeinschaften werden daran beteiligt, diese Landnutzungs- politik zu entwickeln. „Und wir arbeiten an der Entwicklung von Konfliktlösungsmechanismen und -einrichtungen mit, etwa von kommunalen Beratungszentren und Programmen für eine schonendere Nutzung von Umweltressourcen.“

Ripples setzt an den materiellen Ursachen der Konflikte an: Knappheit von Wasser und Weideland und dem daraus resultierenden Hunger. Zusammen mit der Nationalen Behörde für Dürremanagement arbeitet Ripples daran, ein Früh-

warnsystem vor Dürren weiter zu verbreiten. Die Land- und Viehwirtschaft soll sich zukünftig rechtzeitiger auf Trockenperioden vorbereiten können. „Wir arbeiten auch an einem besseren Ressourcenmanagement“, betont Mwenda. „Zum Beispiel zeigen wir den Hirtenfamilien, wie sie einen Teil ihrer Weiden vorübergehend schonen und dann in der Trockenzeit nutzen können. So sind sie nicht gezwungen, mit ihrem Vieh über die Felder der bäuerlichen Gemeinschaften zu ziehen und deren Ernte zu beschädigen.“ Ripples entwickelt Brunnenbauprojekte, schult die Bauern in neuen Anbaumethoden und unterstützt die Landbevölkerung dabei, ihre Einkommensbasis zu diversifizieren, ohne dafür noch mehr Land zu nutzen.

Mediation als zentrale Säule der Konfliktlösung

Burke Baidoos Schwerpunkt ist die Rechtsberatung. „Derzeit haben wir 14 kommunale Versöhnungszentren eingerichtet“, sagt Ripples Fachmann für Mediationsarbeit. „Die Büros wurden uns von den Bezirksregierungen zur Verfügung gestellt. Wir haben 28 Freiwillige geschult, unter anderem in kenianischen Familien- und Kinderschutzgesetzen, in Landrechten, den Grundrechten aus

der kenianischen Verfassung und internationalen Menschenrechtsstandards. Die Freiwilligen werden von den Gemeinschaften selbst ausgewählt. Durch die Versöhnungszentren bringen wir Streitschlichtung in Orte, in denen es sonst keine Gerichtsbarkeit gibt und entlasten zugleich auch die regulären Gerichte im Land.“

Die Freiwilligen seien nach ihrer Ausbildung in der Lage, Konflikte auf Gemeindeebene gemeinsam mit den Beteiligten zu lösen, sagt Burke Baidoo. „Die Menschen verstehen die Probleme in ihrer eigenen Gemeinschaft am besten. Deshalb können die Mediatorinnen und Mediatoren rasch reagieren. Fälle, die vor einem Gericht eingereicht werden, nehmen viel mehr Zeit in Anspruch. Außerdem ist die Arbeit der Versöhnungszentren für Gemeindemitglieder kostenlos, und sie können sicher sein, dass ihre Angelegenheiten in den Zentren vertraulich behandelt werden.“

Anders als vor Gericht ist die Grundidee jeder Mediation, dass die Beteiligten gemeinsam eine Lösung für ihren Konflikt finden. „In den Versöhnungszentren können sich Konfliktparteien einigen, ohne dass jemand verliert“, sagt Burke Baidoo. „Es ist viel weniger feindselig. Alle gewinnen.“ In der Regel funktioniere das gut. Natürlich aber müssten Straftaten wie Körperverletzungen, Vergewaltigung oder Tötungsdelikte vor Gericht verhandelt werden. Das Ziel der Versöhnungszentren ist aber, Streitigkeiten möglichst beizulegen, bevor sie derart eskalieren. Wird in der Mediation keine Einigung erzielt, könnten die Parteien natürlich vor Gericht ziehen, sagt Burke Baidoo. Doch wenn eine Einigung gelinge, sei sie in der Regel stabiler und halte länger als ein Gerichtsurteil.

Zuletzt habe die Zahl der Landkonflikte stark zugenommen – vor allem durch den Klimawandel. „Durch ihn ist die Ernährungslage vieler Menschen sehr prekär. Die nutzbaren Flächen sind aufgrund von Dürren oder Überschwemmungen knapper geworden. Jetzt streiten sich Familien um



Ehrenamtliche Rechtsberater_innen stellen sich Gemeindemitgliedern vor © Ripples International

ein kleines Stück Land, das für alle reichen muss – aber dennoch beansprucht es eine Seite für sich allein.“ Die zunehmende Wasserknappheit führt ebenfalls zu Konflikten.

Jeder Bezirk habe seine eigene Art und Weise, Konflikte beizulegen, so Burke Baidoo. „Also mussten wir unsere Arbeit so gestalten, dass sie zur jeweiligen Gemeinschaft passt.“ Wichtig sei es, mit vielfältigen Institutionen und Menschen unterschiedlichster Erfahrungen zusammenzuarbeiten: „Bankiers, Anwält_innen, traditionelle Heiler_innen, Priester_innen – je nachdem, in welchem Bereich wir Hilfe brauchen, können sie uns helfen, unsere Fälle zu lösen.“

Selbst die Kinder, die für Ripples immer im Fokus stehen, könnten eine aktive Rolle in der Friedensarbeit einnehmen. In Kinderrechtsclubs diskutieren sie über ihre Rechte, Mediation und darüber, Konflikte gewaltfrei auszutragen und Gewalt zu verhindern. Das mache sie wacher für die Streitigkeiten um sie herum, sagt Burke Baidoo. „Viele der Konflikte, mit denen wir zu tun haben, wurden von Kindern an ihre Lehrerinnen oder die Ältesten ihrer Gemeinschaften gemeldet und konnten so bearbeitet werden.“

ÄGYPTEN

DIE STÄRKUNG DER FÜHRUNGS- ROLLEN VON FRAUEN

CARE Egypt Foundation, CARE International und
CARE Deutschland

Die UN-Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit hat zum Ziel, die Rechte von Frauen und Mädchen zu stärken und sicherzustellen, dass sie auf allen Ebenen in Entscheidungen über Friedensprozesse einbezogen werden. CARE International trägt mit dem Projekt „SWoMo – Strengthening Women's Rights Organizations and Movements on the Women, Peace and Security Agenda“ dazu bei, die Agenda in Ägypten, Irak und Südsudan umzusetzen. Vor allem will SWoMo Frauen und Mädchen in die Lage versetzen, selbst für ihre Rechte einzustehen. Wie das konkret aussieht, berichtet Nehal Hussein, Projektmanagerin CARE Egypt Foundation, im Interview.

Die friedensstiftende Arbeit von SWoMo setzt bei Gesprächen an: Um die Stellung von Frauen und Mädchen innerhalb ihrer Gemeinschaften zu ver-

bessern und ihre Rechte zu stärken, ist es wichtig, ihren Alltag und ihre Bedürfnisse kennenzulernen. Für ein besseres Verständnis der lokalen Verhältnisse planen die lokalen Partnerorganisationen von CARE Egypt Foundation zu Beginn ihrer Projektarbeit zunächst mehrere Treffen mit Frauen und Mädchen sowie mit anderen Beteiligten vor Ort.

Unabhängig von den unterschiedlichen Erfahrungen, die sie so von Ort zu Ort sammeln können, verfolgt SWoMo stets das gleiche Ziel: Das Projekt soll, ganz im Sinne der UN-Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“, zur Gleichberechtigung der Geschlechter beitragen und dafür sorgen, dass Frauen an Friedensprozessen und dem Wiederaufbau nach Konflikten angemessen beteiligt sind.



Schülerinnen in Juba/Südsudan © Kenyi Evans/CARE



Die UN-Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit

„Frauen werden in der Regel besonders stark und auf besonders negative Weise durch Konflikte beeinträchtigt“, sagt Nehal Hussein. „Deshalb ist es absolut notwendig, sie auf allen Ebenen in Prozesse der Friedenskonsolidierung mit einzubeziehen.“ Die UN-Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit hat dieses Ziel. Ihre Grundlage wurde im Oktober 2000 durch die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats gelegt und anschließend durch neun Resolutionen weiterentwickelt. Heute umfasst sie vier Kernforderungen:

- Frauen müssen aktiv und auf allen Ebenen in die Entscheidungsfindung über Friedensprozesse und Friedensoperationen einbezogen werden (Partizipation).
- Die Beteiligung von Frauen muss ein integraler Teil aller Maßnahmen zur Konfliktprävention sein (Prävention).
- Jede Person muss in Konflikten vor geschlechtsbasierter Gewalt geschützt werden (Schutz).
- Alle Maßnahmen, die sich nach einem Konflikt dem Wiederaufbau und der Reintegration widmen, müssen die Bedürfnisse von Frauen und Männern gendersensitiv berücksichtigen (Hilfe und Wiederaufbau).

Jedes Land soll demnach in nationalen Aktionsplänen darlegen, wie es die Agenda umsetzen will. Mit SWoMo unterstützt CARE in Ägypten, Irak und Südsudan die Umsetzung der Agenda. SWoMo schult Mitarbeitende von Frauenrechtsorganisationen, von Frauen geführten Organisationen und von lokalen Frauen- und Mädchengruppen. Sie lernen so, sich bei den Entscheidungstragenden auf lokaler und nationaler Ebene und darüber hinaus für die UN-Agenda einzusetzen – also für die Gleichstellung und Gleichberechtigung der Frau auf allen Ebenen.

Es ist eine Herausforderung des Projekts, die abstrakten Vorgaben der Agenda in konkretes Handeln umzusetzen. Ohne die Frauen und Mädchen aktiv mit einzubeziehen, ist das undenkbar. Die ersten Treffen dienen dazu, zu erklären, wofür die UN-Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit steht und welche Bedeutung sie für sie persönlich haben könnte. Nicht nur ist dies eine Gelegenheit, eigene Vorschläge einzubringen und sich zu beteiligen, sagt Nehal Hussein, sondern auch „Eigenverantwortung von A bis Z“ zu übernehmen.

An einem Beispiel aus Ägypten beschreibt Hussein, was dies in der Praxis bedeuten kann: „In Gizeh gibt es eine Mädchenschule in der Nähe eines Friedhofs. Sie kann über eine kaum befahrene Straße erreicht werden – doch die Schülerinnen und ihre weiblichen Verwandten fühlen sich auf diesem Weg unsicher. Deshalb setzen sich die Frauen dafür ein, dass die Mädchenschule ihren Standort mit einer Jungenschule tauscht. Sie haben einen Plan entwickelt, die wichtigsten Ansprechpersonen identifiziert, ein Budget erarbeitet und sich sogar einen Plan B ausgedacht: Wenn ein Standortwechsel nicht möglich ist, dann wollen sie den Eingang an eine sicherere Straße verlegen und ihn zusätzlich durch eine Sicherheitskamera und einen Wachdienst während der Schulzeiten schützen“, sagt Hussein. „Diesen Frauen ist wirklich klar, dass die Vertretung von Interessen viele Ebenen und Herausforderungen hat.“ Und sie bedenken all diese Ebenen, um ihre Lage zu verbessern.



Workshop zu Advocacy- und Öffentlichkeitsarbeit für Mitarbeitende des SWoMo-Projekts © July Tabu/CARE



Schulveranstaltung anlässlich des Internationalen Mädchentags 2024 © Kenyi Evans/CARE

Gleichberechtigter Zugang als Ziel

Was das Beispiel aus Ägypten mit Friedensarbeit zu tun hat, beantwortet Hussein ganz klar: „Gewalt und Konflikte beginnen nicht mit bewaffneten Auseinandersetzungen.“ Dies der Öffentlichkeit zu vermitteln, sei in allen drei SWoMo-Projektländern die vielleicht größte Herausforderung. Zivilgesellschaftliche Friedensarbeit müsse viel früher ansetzen. „Sie fängt schon dort an, wo Menschen anfangen, miteinander zu reden, wo sie Institutionen reformieren und Beziehungen zwischen Menschen und auch zwischen Menschen und Institutionen verbessern. Das ist ein langer Prozess.“

In Ägypten gehe es in den SWoMo-Projekten vor allem darum, Frauen und Mädchen gleichberechtigten Zugang „zu allem“ zu verschaffen, sagt Hussein: „Zu Bildung, Gesundheitsversorgung, gleichen wirtschaftlichen Möglichkeiten, Sicherheit und Unversehrtheit im Haushalt, Teilhabe an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen, von der Familie über die lokale Gesundheitseinrichtung bis hin zum Parlament.“ Denn dass Frauen im Alltag diskriminiert würden, keine Bildung erhielten, keine Arbeit fänden, für die gleiche Leistung schlechter bezahlt würden oder von vielen Entscheidungen ausgeschlossen würden, sei ebenfalls eine Form von Gewalt. Im Irak und Südsudan gehe es stärker um

Konfliktprävention, den Schutz während akuter Konflikte und um Hilfe zum Wiederaufbau. Dies sind die anderen drei Säulen der UN-Agenda.

Lokale Zusammenarbeit und Netzwerkbildung

CARE arbeitet mit lokalen Frauenorganisationen zusammen, von denen zwei in Ägypten, drei im Irak und drei im Südsudan sind. „Diese Organisationen kooperieren ihrerseits mit weiteren Frauenrechtsorganisationen“, erklärt Hussein. Insgesamt arbeite SWoMo direkt und indirekt mit 51 Frauenrechtsorganisationen zusammen, die ihrerseits rund 2.000 Frauen und Mädchen aus besonders marginalisierten Gruppen erreichen.

CARE Deutschland kommt dabei die Rolle als „zentraler Kommunikationspunkt“ zwischen der deutschen Regierung und CARE in Ägypten, Irak und Südsudan zu. Die Organisation, die der lokale Kontext der Projektarbeit und die teils fragilen Verhältnisse gut bekannt sind, kann sie für die Geber_innen verständlich „übersetzen“. Zudem kann SWoMo auf inhaltliche Vorarbeit aus dem CARE-Netzwerk zurückgreifen. Elemente aus einem CARE-Rahmenwerk für Geschlechtergleichheit etwa flossen in das Projektdesign ein. „Das Rahmenwerk konzentriert sich darauf,



Handlungsfähigkeit von Mädchen und Frauen zu fördern, Strukturen umzubauen und Beziehungen zu verändern – drei Dinge, die in der Summe die Stimmen und die Führungsrollen von Frauen stärken und so ihre Lage verbessern“, so Hussein.

Besonders marginalisierte Gruppen

SWoMo hat sich vor allem zum Ziel gesetzt, besonders marginalisierte Gruppen von Frauen und Mädchen zu stärken. „Sie sollen mitentscheiden“, sagt Hussein, „nicht nur bei der Lösung von Konflikten, sondern bei allen Problemen, denen sie gegenüberstehen. Denn sie wissen selbst am besten, was sie brauchen.“

Je nach Land oder auch von Region zu Region kann es unterschiedlich sein, wer als besonders marginalisiert gilt. „In Ägypten sind es beispielsweise Frauen, die alleine für den finanziellen Lebensunterhalt ihrer Familie verantwortlich sind, eine Beeinträchtigung haben oder einen gewissen Bildungsstand nicht erreicht haben“, sagt Hussein. „In Oberägypten sind Zwangsverheiratung und Kinderehen ein großes Thema, und junge Mäd-

chen, die schon im Teenageralter Mütter werden. Eine Initiative im Land engagiert sich gegen weibliche Genitalverstümmelung – eine schlimme Form von Gewalt, der Frauen auch außerhalb bewaffneter Konflikte ausgesetzt sind.“

Im Irak konzentriert sich SWoMo auf Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigung und auf Angehörige religiöser und ethnischer Minderheiten. Im Südsudan wiederum arbeiten sie mit HIV-positiven Frauen, mit Sexarbeiterinnen und Mädchen, die zwangsverheiratet wurden oder werden sollen.

Mit Männern arbeiten, um Frauen zu schützen

Zuweilen sei es schwer gewesen, die Frauen in einer männerdominierten Gesellschaft zur Teilnahme an SWoMo zu ermutigen, sagt Hussein. CARE passte das Projekt deshalb an: „Um die Sicherheit der Frauen zu gewährleisten, mit denen wir arbeiten, sprechen wir ihre männlichen Familienmitglieder an. Wir bieten Kurse an, in denen wir mit den Männern und Jungen zum Beispiel darüber sprechen, was Männlichkeit bedeutet und warum es wichtig ist, die Partnerin in Entscheidungen mit einzubeziehen. Nach und nach können wir dadurch auch traditionelle Vorstellungen zu bestimmten Praktiken aufbrechen, etwa zu Genitalverstümmelung und Kinderzwangsverheiratung.“

Hussein hält es für sehr wichtig, für Projekte nach der Designphase ausreichenden Spielraum einzuplanen, um solche Veränderungen zu bewirken: „Wir müssen immer ein gewisses Maß an Flexibilität bei der Gestaltung der Aktivitäten gewährleisten, um sicherzustellen, dass sie tatsächlich die Bedürfnisse der Zielgruppe erfüllen, die wir unterstützen wollen.“ Es ginge um Flexibilität nicht nur vonseiten der Partnerorganisationen, die das Projekt lokal durchführen, sondern auch von den Geber_innen. Bei SWoMo habe es sie bisher gegeben.



Nationales Symposium zu Frauen, Frieden und Sicherheit in Juba/Südsudan © July Tabu/CARE



USBEKISTAN

PRÄVENTION VON EXTREMISMUS

DVV International

In zentralasiatischen Ländern wie Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan ist gewalttätiger Extremismus ein schwerwiegendes – und grenzüberschreitendes – Problem. DVV International (das Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volks hochschul-Verbandes) arbeitet in Usbekistan daran, der Radikalisierung und extremistischen Gewalt den Boden zu entziehen. Das tut die Organisation mit den Mitteln der Erwachsenenbildung, und zwar auf eher indirektem Weg: Sie gibt nicht selbst Kurse für Erwachsene, sondern befähigt Trainer_innen dazu, in der Extremismusprävention zu arbeiten. Dafür hat DVV International gemeinsam mit Fachleuten aus der Region ein spezielles, modulares Curriculum entwickelt, das inzwischen in mehrere Sprachen übersetzt wurde. Tatyana Zaichenko, Leiterin des Landesbüros von DVV International in Usbekistan, erklärt im Interview das Besondere am Curriculum PreViEx.

„Gewaltsamer Extremismus und Radikalisierung stellen die Länder Zentralasiens vor neue Herausforderungen“, sagt Zaichenko. „Die Sorge wächst, dass extremistisches Gedankengut seinen Einfluss hier und in anderen Teilen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ausweitet.“ Die Wurzeln des gewaltsamen Extremismus seien dabei komplex: wirtschaftliche und politische Missstände, religiöse und ethnische Spannungen, die Nähe zu Konfliktgebieten, Radikalisierung und Propaganda im Internet. Das macht den Kampf gegen extremistische Gewalt – und die Entwicklung eines Curriculums dagegen – so schwierig.

In ihrer nationalen Sicherheitsstrategie hat sich die usbekische Regierung vorgenommen, der Ausbreitung von extremistischen oder terroristischen Ideen vor allem unter Jugendlichen und jungen

Erwachsenen entgegenzuwirken. Daran knüpft die Arbeit von DVV International an – unter anderem als Partner des GIZ-Präventionsprogramms PREVECA (Preventing Violent Extremism in Central Asia). PREVECA soll Maßnahmen zur Prävention von gewalttätigem Extremismus entwickeln und anbieten und so die Widerstandskraft der Bevölkerung dagegen stärken.

Bildung sei dafür ein wesentliches Instrument, sagt Zaichenko. Das ist ihr Lebensthema: „Früher war ich Schuldirektorin. Ich bin ursprünglich Philologin. Dann habe ich lange im zivilgesellschaftlichen Sektor gearbeitet, um Häftlingen und ehemaligen Häftlingen soziale Unterstützung zu bieten.“ Bei DVV International habe sie dann weitere Ansätze kennengelernt, Bildung zu fördern. „Vor allem habe ich gelernt: Es gibt nicht den einen, richtigen Weg. Jedes Land hat seine Besonderheiten.“ Zum Beispiel Usbekistan: offiziell ein säkularer Staat, aber der Islam ist hier die vorherrschende Religion. „Wir müssen sensibel sein und dies bei unserer Arbeit sorgfältig berücksichtigen“, sagt Zaichenko.

Curriculum PreViEx

Das  Curriculum PreViEx ist ein modulares, kompetenzbasiertes Curriculum zur Ausbildung von Lehrkräften, die in der Extremismusprävention tätig sind.

In Zentralasien fand sie keine geeigneten Lehrpläne, um Ausbilder_innen in der Prävention von gewalttätigem Extremismus zu schulen. Außerdem gab es „einen erheblichen Mangel an Fachleuten“, sagt Zaichenko, „die über Erfahrungen

in der effektiven Arbeit mit der Bevölkerung im Bereich der Extremismusprävention verfügen, sowie einen Mangel an qualitativ hochwertigen Bildungsprogrammen für die Ausbildung solcher Fachleute“. Aus der Notwendigkeit, ein eigenes Programm zu entwickeln, entstand das „Curriculum PreViEx“.

Wer ist besonders gefährdet, sich zu radikalisieren?

Um einen Lehrplan gegen gewalttätigen Extremismus zu entwerfen, ist es notwendig, die Faktoren zu kennen, die ihn begünstigen. Doch es sei nicht leicht, zu verstehen, was einen Menschen zum Terroristen oder zur Terroristin mache, sagt Zaichenko. „Nicht immer sind diese Leute arm. Auch Reiche radikalisieren sich. Wir haben uns deshalb viel Zeit genommen, um herauszufinden, auf welche Risikofaktoren wir achten müssen.“ Ein Jahr hätten sie daran gearbeitet. Nach einer ersten Erprobung des Curriculums reisten rund ein Dutzend PreViEx-Absolventen und weitere Fachleute nach Jordanien, wo sie bewährte Verfahren zur Prävention von gewalttätigem Extremismus kennlernten und von den jordanischen Erfahrungen profitierten.

„Nach und nach haben wir so unseren eigenen Ansatz entwickelt und klarer verstanden, was zu tun ist – und wie wir mit unseren Partnern, mit den verschiedenen Interessengruppen und dem Staat, zusammenarbeiten müssen“, sagt Zaichenko.

Zaichenko hat festgestellt, dass Angehörige bestimmter Bevölkerungsgruppen besonders anfällig sind, sich zu radikalisieren: junge Menschen in einer schwierigen Lage, etwa durch Arbeitslosigkeit; Menschen, die im Ausland Arbeit suchen oder bereits zurückgekehrt sind – oder denen nach einer Abschiebung zurück nach Usbekistan der Weg ins Ausland versperrt ist; Häftlinge, ehemalige Häftlinge und ihre Familien; arbeitslose oder anderweitig marginalisierte Frauen sowie ehemalige Kämpfer, die aus Kriegsgebieten zurückkehren.

Das Curriculum PreViEx richtet sich nach den Risikofaktoren, die diese Gruppen gefährden. Es ist modular aufgebaut und kann so gut an die Bedürfnisse der einzelnen Zielgruppen angepasst werden.

Kritisches Denken und Toleranz fördern

Inhaltlich fördert PreViEx unter anderem kritisches Denken, gesellschaftlichen Zusammenhalt, Dialogfähigkeit und Toleranz zwischen Religionen und ethnischen Gruppen. PreViEx schult darin, psychologische Manipulationstechniken zu erkennen und eigene Emotionen besser zu regulieren.

Die Trainer_innen lernen eine exakte Analyse der Bedürfnisse ihrer Schüler_innen und wie Risikofaktoren identifiziert werden können, die Radikalisierung begünstigen. Sie berücksichtigen beispielsweise „lokale Besonderheiten in der Politik, interreligiöse Beziehungen, Kultur und nationale Mentalität“, wie DVV International im Internet schreibt, und „erwerben die Fähigkeit, die jeweilige Situation in ihrem religiösen, politischen und wirtschaftlichen Kontext zu analysieren und zu beobachten“. Durch das Training lernen sie auch potenzielle Ressourcen zu identifizieren: „Gemeinschaften, Organisationen, Geschäftsinitiativen und andere Möglichkeiten, die zur wirksamen Unterstützung von Präventionsmaßnahmen genutzt werden können.“



Training für Lehrkräfte, die in der Extremismusprävention tätig sind © DVV International



Konferenz im Rahmen des Präventionsprogramms PREVECA – Preventing Violent Extremism in Central Asia © DVV International

Sinnvolle Prävention mache es notwendig, Verbündete über alle Ebenen hinweg zu suchen, sagt Zaichenko. DVV International kooperiert deshalb mit der Gemeindeebene, vielen verschiedenen Ministerien und Regierungsbehörden und mit zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Anfangs sei viel Erklärungsarbeit nötig gewesen, um die Partner zu überzeugen, so Zaichenko: „Wir mussten beispielsweise den Männern in unseren Gemeinden und den Interessengruppierungen, mit denen wir zusammenarbeiten, erklären: Um der Radikalisierung vorzubeugen, dürfen wir nicht nur über religiöse Gewohnheiten sprechen. Wir müssen auch über die wirtschaftliche Lage und ökologische Fragen reden. Denn all diese Faktoren spielen eine Rolle.“

„Um der Radikalisierung vorzubeugen müssen wir auch über die wirtschaftliche Lage und ökologische Fragen reden. All diese Faktoren spielen eine Rolle.“

Tatyana Zaichenko, DVV International

Ein Pool an Trainer_innen zur Extremismusprävention

PreViEx befähigt Trainer_innen an Schulen, im Strafvollzug, in der Ausbildung von Journalist_innen und in Nichtregierungsorganisationen, Kurse zur Extremismusprävention zu planen, durchzuführen und zu bewerten. Verschiedene Partnerorganisationen erprobten das Curriculum PreViEx mit ihren vielfältigen Zielgruppen: Jugendliche, ehemalige Gefangene, Journalist_innen, die ländliche Bevölkerung und Regierungsvertreter_innen.

Inzwischen gebe es in Usbekistan einen Pool an gut ausgebildeten PreViEx-Trainerinnen und Trainern, sagt Zaichenko. „Ob ich darauf stolz bin? Ich persönlich mag solche lauten Worte nicht. Aber ja, ich glaube, wir haben mit PreViEx etwas erreicht.“ Bald soll das Curriculum auch in einigen Bildungseinrichtungen in Usbekistan und im Nachbarland Kirgisistan angewandt werden. Übersetzungen in andere Sprachen gibt es bereits: PreViEx gibt es auf Usbekisch, Englisch, Russisch und Karakalpakisch.

• • • •

BILDUNGSARBEIT IM INLAND ALS KONFLIKT- PRÄVENTION





Seien es die Kriege in der Ukraine, in Syrien oder in Gaza: Auswirkungen von gewaltsamen Konflikten spüren wir auch in Deutschland. In einer globalisierten Welt kann sich kaum ein Land vollständig dagegen abschotten. In Deutschland leben Menschen, die vor Gewalt und Krieg fliehen mussten, die sich um ihre in Konfliktgebieten lebenden Familien sorgen oder die Freund_innen im Ausland haben, deren Wohlergehen ihnen am Herzen liegt.

Migrant_innen und Geflüchtete bringen neben Erfahrungen, Traumata und Ängsten auch die De-

batten und Konflikte aus ihren Heimatländern mit. Umgekehrt trägt Deutschland eine Verantwortung dafür, was im Rest der Welt geschieht.

Die meisten Beispiele in diesem Report drehen sich um zivilgesellschaftliche Friedensarbeit im Globalen Süden. Doch auch in Deutschland können Nichtregierungsorganisationen Fortschritte für den Frieden erreichen: in der Bildungsarbeit in Schulen und im Sport oder durch politische Kampagnen. Die folgenden Beispiele zeigen, wie das gelingen kann.

AUF SPORTLICHE WEISE KONFLIKTURSACHEN BESEITIGEN

Eine Welt Netz NRW

Im Sport geht es meist um Wettkampf und darum, zu gewinnen. Doch Sport kann auch dafür sorgen, dass Menschen mehr über Konflikte und deren Wurzeln nachdenken – und darüber, wie sie selbst Konfliktursachen beseitigen können. Zu diesem Zweck hat das Eine Welt Netz NRW, das Netzwerk entwicklungspolitischer Vereine in Nordrhein-Westfalen, das Spiel „Friedensball“ entwickelt, das auf dem klassischen sogenannten Völkerball basiert. Wie es in der Praxis funktioniert, berichtet im Interview Malte Wulffinghoff, Fachpromotor für Sport und globale Gerechtigkeit beim Eine Welt Netz NRW.

„Ich kenne kaum ein Spiel, das so gewaltvoll ist wie der klassische Völkerball“, sagt Wulffinghoff: „Man nimmt einen Ball und wirft ihn auf andere Menschen, um sie auszuschalten. So vergrößert man Konflikte nur oder man schafft sogar neue.“ Mancherorts werde darauf reagiert: „In Kanada zum Beispiel haben einige Schulen Völkerball verboten.“

Wulffinghoff und seine Kollegin Judith Petersen haben gemeinsam aus dem alten Völkerballspiel eine komplett friedliche Variante geschaffen: das Spiel „Friedensball“. Es macht erlebbar, wie sich Konfliktursachen beseitigen lassen und wie daraus Frieden erwachsen kann. Seit mehr als zwei Jahren wird „Friedensball“ nun schon eingesetzt und weiterentwickelt. Gedacht ist es für alle Menschen ab 14 Jahren. Wulffinghoff schult vor allem Multiplikatorinnen und Multiplikatoren darin, aber er hat das Spiel auch schon in Schulen eingesetzt – mit guter Resonanz, wie er sagt.

„Globales Lernen richtet sich an alle Menschen. Es geht darum, die Dinge, die passieren, zu erkennen und zu bewerten – und dann danach zu handeln.“

Malte Wulffinghoff, Eine Welt Netz NRW

Die Methode „Friedensball“ vom Eine Welt Netz NRW

Beim Friedensball werden im Team Ursachen und Lösungen von Konflikten erarbeitet:
↳ Methodenbeschreibung.

Der Aufbau von Friedensball ähnelt dem problematischen Vorbild: Zwei Teams stehen auf einem in zwei Hälften geteiltem Spielfeld. Zunächst bleibt jede Gruppe auf ihrer Seite. Doch damit enden die Gemeinsamkeiten zum Völkerball bereits. „Die Mittellinie steht im Friedensball symbolisch für das Trennende“, erklärt Wulffinghoff. „Statt mit dem Ball aufeinander zu zielen und so das gegnerische Team zu dezimieren, spielen die beiden Teams in unserem Spiel gemeinsam darum, sich einander anzunähern. Das tun sie, indem sie mit ihren Bällen versuchen, Kegel zu Fall zu bringen, die über das Spielfeld verteilt sind und für bestimmte Konfliktursachen stehen.“

Vor dem Spiel wird diskutiert. Die Mitglieder jedes Teams überlegen gemeinsam: Welche Faktoren fördern einen Konflikt? „Ihre Ergebnisse schreiben

sie auf Karteikarten“, sagt Wulffinghoff, „und je nach Kontext ist alles erlaubt: Geht es um bewaffnete Konflikte zwischen oder innerhalb von Staaten, kann das beispielsweise religiöser Fanatismus sein, eine ungerechte Ressourcenverteilung, Machtstreben oder Nationalismus. Geht es um Konflikte in der Schule oder im Sportverein, tauchen andere Begriffe auf: Egoismus, Neid, Armut.“ Es scheint nahe liegend, über Konflikte nachzudenken, die in einem Zusammenhang zu den alltäglichen Erfahrungen der Teilnehmenden stehen – aber letztlich liegt die Entscheidung darüber bei den Spielenden selbst.

„Jedes Team verständigt sich auf zwölf Begriffe“, sagt Wulffinghoff. „Die beschrifteten Karteikarten werden dann an die Kegel geheftet und diese über die eigene Spielfeldhälfte verteilt. So erarbeiten die Teilnehmenden ihr Spielfeld selbst.“ Dann wechseln die Teams die Seiten und schauen, was auf den Kegeln der anderen steht.

Friedensstrategien entwickeln mit dem Ansatz des Globalen Lernens

Entscheidend ist nun, selbst etwas gegen die Konflikte zu tun, denn die Idee von „Friedensball“ folgt



Schüler_innen bringen Kegel zu Fall, die symbolisch für Konfliktursachen stehen © Eine Welt Netz NRW



Friedensball: die friedliche Variante des alten Völkerballspiels © Eine Welt Netz NRW

dem Bildungskonzept des Globalen Lernens, dem das Eine Welt Netz NRW auch in seiner sportpädagogischen Arbeit treu bleibt. „Globales Lernen richtet sich an alle Menschen, ganz unabhängig von Alter, Herkunft, sozialem Status und ähnlichen Faktoren“, erklärt Wulffinghoff. „Sein Ziel ist es, den Menschen zu zeigen, wie und an welcher Stelle sie sich einbringen können, um die Welt gerechter, friedlicher und solidarischer zu gestalten; auf individueller Ebene, aber auch, indem sie Druck auf die Politik ausüben. Es geht darum, die Dinge, die passieren, zu erkennen und zu bewerten – und dann danach zu handeln.“

Jedes Team überlegt, wie den Konfliktursachen auf den Kegeln des anderen Teams zu Leibe gerückt werden kann: durch Trennung von Staat und Kirche, mehr Gerechtigkeit, eine bessere Bildung, gewaltfreie Kommunikation, Solidarität mit Schwächeren? „Dadurch sehen die Teilnehmenden, welche Kompetenzen und wie viel geballtes Wissen sie selbst schon für ein friedliches Miteinander mitbringen“, sagt Wulffinghoff. Auch fri-

densstiftende Werte werden auf Karteikarten notiert, und für jede beschriftete Karteikarte erhält das Team einen Ball.

Wenn der sportliche Teil des Spiels beginnt, versucht jedes Team von der Grundlinie aus, die konfliktbeladenen Kegel in der Spielfeldhälfte des anderen Teams umzuwerfen und sie dann vom Spielfeld zu tragen. Manche werfen, andere laufen und tragen – je nachdem, wer was besser kann oder lieber tut. „Sobald ein Kegel fällt, wird ganz laut gerufen, welcher Konflikt gerade gelöst wurde. Das bringt ein Empowerment-Element mit rein“, so Wulffinghoff. Bereits geworfene Bälle können nach bestimmten Regeln vom gesamten Team gemeinsam zurückgeholt werden. Hat ein Team alle Kegel in der einen Spielfeldhälfte umgeworfen, rückt es zur Mittellinie vor und hilft dem anderen Team. „Erst dann wird die Trennlinie in der Mitte – meist liegt da eine Turnbank – vom Spieelleiter oder der Spieelleiterin entfernt, und alle können sich begegnen.“ Die Konflikte sind beseitigt, das friedliche Zusammensein wiederhergestellt.

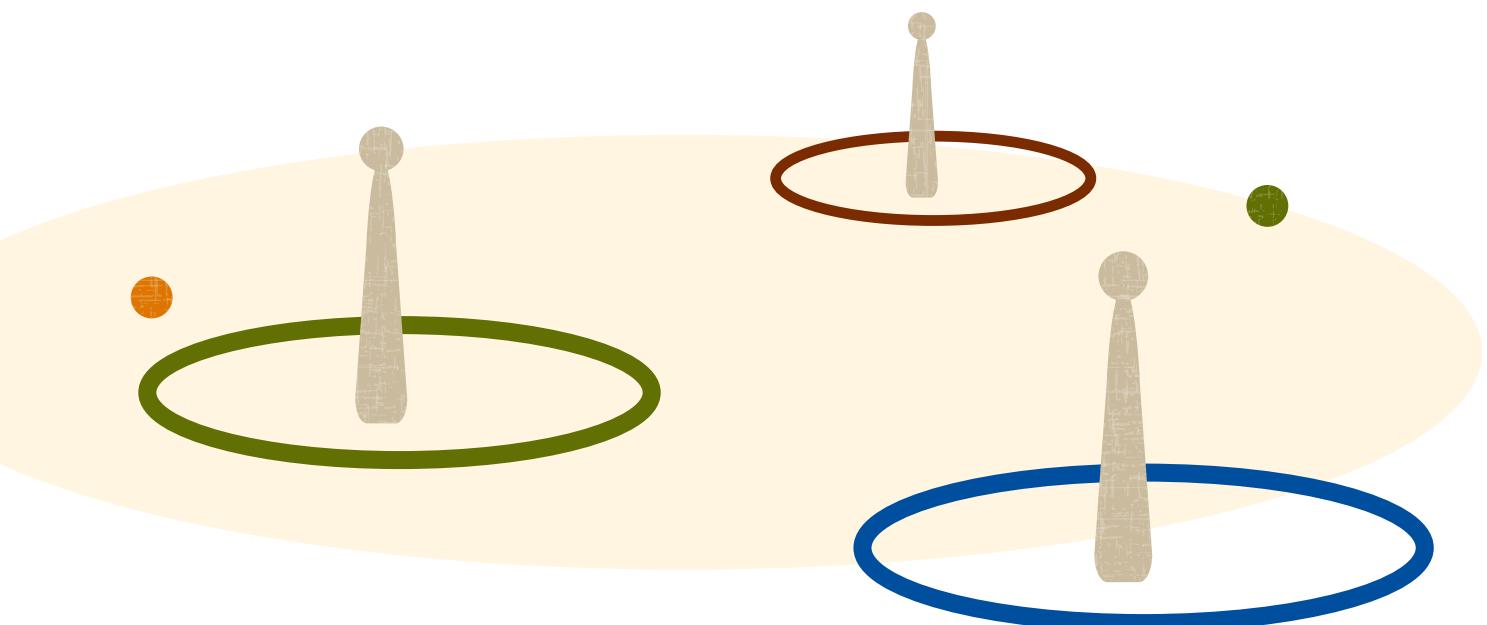
Anschließend ziehen die Teilnehmenden in einer Auswertungsrounde Bilanz: „Dafür nutzen wir die klassischen Reflexionsfragen“, sagt Wulffinghoff: „Wie geht es Dir nach dem Spiel? Welche Rolle hat Dir am meisten Spaß gemacht? Welchen Moment fandest Du besonders schön? Welche friedensstiftenden Werte sind Dir während des Spiels eingefallen, an die Du vorher vielleicht gar nicht gedacht hast?“ Meist würden dann noch Dinge genannt wie Geduld, Zusammenarbeit, gegenseitige Unterstützung oder die Fähigkeit, auf andere im Team zu hören.

Sport als Instrument für Friedensbildung

Eine-Welt-NRW-Sportpromotor Wulffinghoff glaubt, dass Sport besonders geeignet ist, um abstrakte Themen wie Frieden und Gerechtigkeit zu vermitteln. „Wenn wir uns im Klassenraum oder Vereinslokal auf Stühle setzen und dann über Frieden und Konflikte sprechen, ist die Aufmerksamkeit einfach nicht so hoch. Über eine sportliche Einheit, die mit Bewegung verbunden ist, können wir viel mehr Interesse wecken. Die Teilnehmenden lernen während des Spiels, und danach setzen sie sich

weiter mit dem Thema auseinander.“ Aus der Lernpsychologie sei bekannt, dass Menschen sich nur ungefähr 20 Prozent der Dinge merken können, die sie hören. „Wenn sie sich aber Erkenntnisse aktiv erarbeiten, sind es um die 90 Prozent.“

Oft geben Wulffinghoff und seine Kolleg_innen einen Input zur Frage, wie Sport zu Konflikten – oder zum Frieden – beitragen kann. „Meist werden dem Sport friedensstiftende Attribute zugeschrieben: dass er Begegnungen ermöglicht, Toleranz und gegenseitigen Respekt fördert und so weiter“, sagt Wulffinghoff. „Aber zugleich steckt im Sport auch viel Konflikt: Oft geht es um Sieg oder Niederlage. Auch innerhalb von Teams gibt es teils harten Wettbewerb. Viele Kinder erleben den Schulsport als extremst ungerecht und belastend. Es gibt im Sport viel Rassismus und andere Formen der Diskriminierung – und wenn man sich anschaut, wo Bälle oder Trikots hergestellt werden, dann sieht man: Der Sport ist mitverantwortlich für sehr viele Ungerechtigkeiten auf diesem Planeten.“ Das Spiel „Friedensball“ soll ein Stück weit dazu beitragen, das zu verändern.





BILDUNGSARBEIT GEGEN DEN EINSATZ VON EXPLOSIVWAFFEN

Handicap International

Die Organisation Handicap International setzt sich weltweit für Menschen mit Behinderung ein: durch inklusive Nothilfe, Versorgung mit Prothesen, Physiotherapie oder Minenräumung. In Deutschland engagiert sich Handicap International unter anderem in der Bildungsarbeit. In Workshops vermitteln die Mitarbeitenden etwa, welche Folgen der Einsatz von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten haben kann – und was persönliches Engagement dagegen bringt. Wie das funktioniert, berichtet im Interview Maximilian Kimmich, Sozialpädagoge und pädagogischer Referent bei Handicap International.

„Wir bieten unsere Workshops vor allem in Bayern und Baden-Württemberg an weiterführenden Schulen ab der achten Klasse oder an Universitäten an, gelegentlich auch in der Erwachsenenbildung. Wir kommen auf Einladung. Meist geht die Initiative von einzelnen Lehrkräften aus. Dabei sind die verschiedenen Arten der weiterführenden Schulen, also Mittelschule, Realschule oder Gymnasium, relativ gleichmäßig vertreten“, sagt Kimmich.

Handicap International hat die Kampagne zum Verbot von Landminen (ICBL) mitbegründet, die 1997 zur völkerrechtlichen Ächtung von Landminen führte und den Friedensnobelpreis erhielt. 2008 erreichte eine weitere Kampagne die völkerrechtliche Ächtung von Streumunition. Zurzeit engagiert sich Handicap International mit dem Internationalen Netzwerk für Explosivwaffen (INEW) dafür, den Einsatz dieser Waffen zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewohnten Gebieten einzuschränken. Mehr als 80 Staaten haben bereits eine unterstützende Erklärung unterzeichnet. Ganz praktisch setzt sich Handicap International auch mit dem Leid auseinander, das diese Waffen

erzeugen: Im Globalen Süden, beispielsweise in Kolumbien, der Demokratischen Republik Kongo, Syrien, Äthiopien, Laos, Indonesien und anderen Ländern räumen Handicap International-Mitarbeitende das Land von Blindgängern und explosiven Munitionsresten frei. Sie klären über die Gefahren auf, die von explosiven Waffen ausgehen, versorgen Menschen mit Prothesen, Rollstühlen und Physiotherapie und engagieren sich für die Inklusion und soziale Integration von Menschen mit Behinderung.

DAS KIWI-PROGRAMM VON CARE DEUTSCHLAND

Neben dem Eine Welt Netz NRW und Handicap International arbeiten auch andere Nichtregierungsorganisationen an Schulen daran, Bildung für den Frieden zu fördern. CARE Deutschland unterstützt seit 2016 mit dem KIWI-Programm („Kinder und Jugendliche Willkommen“) transkulturelles Lernen an Grund- und weiterführenden Schulen. Das Programm stärkt die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit internationaler Geschichte und richtet sich an Schüler_innen sowie an Lehrkräfte. Es fördert Inklusion und Diversitätsorientierung – Fähigkeiten, die letztlich zum sozialen Frieden beitragen. KIWI basiert auf dem Empowerment- und Anti-Bias-Ansatz und unterstützt Empathie, Selbstreflexion und Selbstwirksamkeit. Der Podcast Schule divers behandelt aktuelle Themen. So sprach Shai Hoffmann vom Projekt Trialog darüber, wie der Nahostkonflikt an Schulen thematisiert werden könnte.



Workshop mit Schüler_innen über die Folgen von Explosivwaffen © Handicap International

Bildungsprojekte für Abrüstung und Frieden

Sowohl politische Kampagnen als auch praktische Entwicklungsarbeit fließen in die Handicap International-Bildungsprojekte in Deutschland ein. Abrüstung ist ihr großes, übergeordnetes Thema. „Eines unserer Konzepte fokussiert speziell auf die völkerrechtlichen Verträge zum Verbot von Landminen und Streumunition“, sagt Kimmich. „Sie wurden maßgeblich durch bürgerschaftliches Engagement erreicht. Das dient uns als Grundlage, zu fragen: Was bringt ziviles Engagement für Frieden und Abrüstung? Was kann man damit erreichen? Sehr viel – das zeigen gerade diese beiden Beispiele sehr gut.“

Das zweite Konzept fokussiert auf die aktuelle Kampagne zum Einsatz von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten. Handicap International will vor allem Jugendlichen begreifbar machen: Welche Folgen haben solche Waffen? Was bedeutet die Erklärung zu ihrer Einschränkung? Wie geht es den Menschen in Kriegsgebieten, die ständig bombardiert werden oder explosiven Waffen anderweitig ausgesetzt sind? Was geschieht politisch, um die

Situation zu verbessern? „Dabei rücken wir die betroffenen Menschen sehr stark in den Mittelpunkt. Wir erzählen ihre Geschichten – oder lassen sie selbst erzählen, soweit das möglich ist“, sagt Kimmich, „beispielsweise über Videos oder schriftliche Botschaften.“ Das Ziel: „Ein wenig Solidarität zu erreichen, oder zumindest eine Art der Identifikation mit Gleichaltrigen in anderen Ländern, die damit leben müssen, dass dort, wo sie sich täglich aufhalten, ständig Explosivwaffen eingesetzt werden.“

Dabei hilft auch eine Minenfeld-Attrappe aus Holzteilen in Originalgröße, die Kimmich in den Klassenzimmern aufbaut, bevor die Jugendlichen den Raum betreten. „Das macht das Problem sehr anschaulich“, sagt er. „Um das künstliche Minenfeld herum ist abgesperrt, so dass die Schülerinnen und Schüler es nicht betreten können. Das finden die meisten schon sehr spannend.“

Durch die Bildungsarbeit wolle Handicap International vor allem junge Menschen erreichen, die in Deutschland aufgewachsen sind und „prinzipiell zunächst sehr wenig Berührspunkte mit Krieg



und Explosivwaffen haben“, sagt Kimmich. „Aber die Klassenzimmer werden diverser. Damit sitzen dort immer mehr Menschen, die selbst aus betroffenen Gebieten kommen, die selbst Erfahrungen mit Minen oder explosiver Munition gemacht haben oder aus ihren Familien Erzählungen darüber kennen.“ Die Jugendlichen wüssten viel mehr über Kriegswaffen als früher.

Herausforderungen und Sensibilität im Umgang mit Traumata

Hier können sich Anknüpfungspunkte bieten, das Thema anschaulicher anzugehen oder aber Risiken verborgen sein: Im Extremfall könnte die Konfrontation mit schmerzhaften Erfahrungen alte Traumata wieder aufbrechen lassen. Um das zu vermeiden, klärt Kimmich im Vorfeld mit den Lehrkräften, welche Vorgeschichte die Schülerinnen und Schüler haben. „Sitzen da junge Menschen mit Kriegserlebnissen, die vielleicht problematisch sind?“ Zudem stelle er am Anfang des Workshops klar: „Wer nicht darüber sprechen möchte, muss das nicht tun. Die Schülerinnen und Schüler können selbst entscheiden, ob sie dabei sein wollen und von ihren Erfahrungen erzählen möchten oder lieber nicht. Oftmals ist meine Erfahrung aber, dass die betroffenen Jugendlichen sehr motiviert sind, davon zu erzählen. Und sehr häufig wissen die anderen in der Klasse gar nichts

davon. Dann ist es für alle einfach sehr interessant, davon zu erfahren.“

Es sei für den Erfolg der Workshops entscheidend, auf der menschlichen Ebene zu bleiben, möglichst nahe an der Lebenswelt der Jugendlichen und von Gleichaltrigen zu erzählen, sagt Kimmich. „Die meisten Organisationen haben aus ihrer Praxis Erfahrungen mit den Menschen vor Ort. Sie berichten zu lassen, funktioniert immer sehr gut.“ Am Ende des zweistündigen Workshops hätten viele Teilnehmende begriffen: „Das hat schon auch was mit mir zu tun. Und ich kann etwas dagegen tun.“

Oft ist Kimmich nicht sicher, ob das Thema längerfristig wirkt: „Das hängt sehr stark von den Schulen und von den Lehrkräften ab. Manchmal entstehen weitere Projekte, beispielsweise ein Spendenlauf, eine Ausstellung oder ein Podcast – Handicap International hat gemeinsam mit dem Journalisten und Fotografen Till Mayer auch Ausstellungen konzipiert, die in Schulen, Kirchengemeinden und anderen Ausstellungsorten gezeigt werden können. Manchmal hören wir gar nichts mehr.“

Um noch näher an den Alltag der jungen Menschen zu rücken, überlege man bei Handicap International derzeit, sich stärker in den sozialen Netzwerken zu engagieren, als eine andere Form der Bildungsarbeit.



Sensibilisierung von Jugendlichen für das Leid der Menschen in Kriegsgebieten © Handicap International

• • • •

ARBEITEN IN (ESKALIERTEN) KONFLIKT- SITUATIONEN



In akuten Konflikten ist Entwicklungszusammenarbeit besonders schwierig – und der Einsatz für den Frieden steht vor besonders großen Herausforderungen. Sind gewaltsame Konflikte bereits stark eskaliert, müssen sich zivilgesellschaftliche Organisationen oft vor allem um die unmittelbare Nothilfe für die Bevölkerung kümmern. Für anderes fehlen häufig die Kapazitäten.

Die Herausforderungen sind vielfältig: Ein eskalierter Konflikt erschwert die Planung und Umsetzung von Projekten, die prekäre Sicherheitslage kann die Mobilität von Personal und die Lieferung von Hilfsgütern behindern. Davon berichtet beispielsweise Schwester Medhin Tesfay, deren Organisation Daughters of Charity in Äthiopien Überlebende von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt begleitet: Während des Bürgerkriegs in Tigray waren internationale Nichtregierungsorganisationen nur begrenzt in der Lage, Hilfe zu leisten – die einheimischen Helfenden blieben. Die Daughters of Charity verbessern die Bedingungen für ein friedlicheres Zusammenleben, indem sie der Stigmatisierung und Ausgrenzung entgegenwirken und traumatisierten Frauen dabei helfen, ihren Platz in der Gesellschaft wiederzufinden.

Akteur_innen in der Entwicklungszusammenarbeit müssen sich in eskalierten Konflikten besonders flexibel und anpassungsfähig verhalten. Allein, um ihre eigene Sicherheit nicht zu gefährden, aber auch, um positive Veränderungen anstoßen zu können und die Lebensbedingungen der notleidenden Bevölkerung so gut wie möglich zu verbessern. Auch die Zusammenarbeit mit staatlichen Akteur_innen gestaltet sich in eskalierten Konflikten oft eher schwierig. Sei es, weil sie selbst Konfliktpartei sind oder weil staatliche Strukturen zu schwach sind. Dies ist beispielsweise in Haiti der Fall, wo organisierte Banden die Bevölkerung terrorisieren. Dort engagieren sich inmitten der eskalierenden Gewalt die Fondation St. Luc und die nph Kinderhilfe Lateinamerika für die berufliche Bildung von Jugendlichen, um diesen eine Perspektive jenseits der Gangs zu verschaffen.



Bildungsarbeit an einer Schule im Kongo zur Friedensförderung © Brot für die Welt

Wie schwierig die Arbeit in eskalierten Konflikten sein kann, zeigt ganz besonders das dritte Beispiel dieses Kapitels, in dem es um die Menschenrechte und die Gleichberechtigung der palästinensischen Bevölkerung geht. Trotz des Konflikts laufen zivilgesellschaftliche Kooperationen mit palästinensischen NRO weiter – auch wenn deren Sicht auf die Gewalteskalation nicht immer der offiziellen deutschen Regierungslinie entsprechen mag. Verschiedene Erwägungen spielen hier eine Rolle, unter anderem ein partnerschaftliches Verständnis der Zusammenarbeit auch bei unterschiedlichen politischen Auffassungen, die Überzeugung, dass es notwendig ist, den Dialog gerade in schwierigen Zeiten aufrechtzuerhalten, und der Wille, langjährige vertrauliche Partnerschaften nicht aufzugeben.



FRIEDEN KANN UNDENKBAR SCHEINEN: ERFAHRUNGEN AUS DER DR KONGO

Inmitten der Gewalt kann Frieden undenkbar scheinen: In der Demokratischen Republik (DR) Kongo zum Beispiel gründete sich in den 1990er-Jahren die Organisation RIO, Reseau d'Innovation Organisationelle, mit der Brot für die Welt seit 2003 zusammenarbeitet. Die Koordinatorin Odile Bulabula erinnert sich an einen „Kontext des Krieges“ und eine „Kultur der Gewalt“. Sie unterstreicht: „Es war schwierig, mit Mitgliedern von Gemeinschaften, die in ihrer kollektiven Vorstellung auf Gewalt schwören, über Frieden zu sprechen.“ Teilweise ist das bis heute noch so.

RIO ist im Osten der DR Kongo aktiv. Die Region kommt nicht zur Ruhe. Inmitten schwieriger Verhältnisse arbeitet RIO kontinuierlich daran, eine Kultur des Friedens und des sozialen Zusammenhalts zu fördern, beispielsweise durch:

- Friedenserziehung in Schulen und außerhalb,
- die Stärkung von lokalen Mediator_innen und Friedensclubs,
- Projekte zur partizipativen Regierungsführung und Organisationsentwicklung,
- die Förderung lokaler Friedensinitiativen
- und die Vernetzung von zivilgesellschaftlichen, staatlichen und internationalen Akteur_innen.

Die RIO-Trainings drehen sich um Menschenrechtsarbeit, Demokratieförderung und Konfliktlösungsmethoden. In sozialtherapeutischen Gesprächsrunden werden Traumata in der Gruppe bearbeitet. Methoden der partizipativen Aktionsforschung helfen, Konflikte tiefergehend zu analysieren.

Das Ziel ist immer, die lokalen Gemeinschaften zu stärken, um dadurch langfristig eine Basis für ein friedlicheres Miteinander zu schaffen. „Das Engagement der Gemeinschaft ist eine Voraussetzung für positive Maßnahmen zur Konflikttransformation“, hebt Bulabula hervor. Zugleich sei es „absolut notwendig“, die Behörden auf allen Ebenen einzubeziehen, um eine „wirksamere Friedenskonsolidierungsarbeit“ zu erreichen: Um Frieden zu fördern, muss also die Basisarbeit mit den Gemeinden wirkungsvoll mit dem Handeln der Behörden verknüpft werden.

Doch die herrschenden Konflikte erschweren die Arbeit: Bulabula beschreibt eine Mischung aus schlechter Regierungsführung, die zwar die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes ermöglicht, aber „die Bevölkerung in extreme Armut stürzt“, Umweltzerstörung, Jugendarbeitslosigkeit, Konflikte unter der Bevölkerung, Aktivitäten von bewaffneten Gruppen und Misstrauen zwischen den Staaten der Region. Manche Orte, an denen RIO arbeitet, können zeitweilig nicht mehr erreicht werden. Warlords haben kein Interesse an friedensschaufender Arbeit und sind für RIO nur schwer zu erreichen. Bereits erzielte Fortschritte würden wieder zunichte gemacht, sagt Bulabula. „Tatsächlich gefährden politische Manipulationen und das Wiederaufleben von Rebellionen mit Unterstützung ausländischer Staaten, die von Identitätsansprüchen geprägt sind, den Zusammenhalt zwischen bestimmten ethnischen Gruppen.“ Es braucht sehr viel Zeit, wirklich dauerhafte Veränderungen für den Frieden zu erreichen.



ÄTHIOPIEN

TRAUMATA-BEWÄLTIGUNG FÜR ÜBERLEBENDE SEXUELLER GEWALT

Daughters of Charity, Misereor und Caritas international

WARNUNG

Dieser Text enthält explizite Erwähnungen psychischer und physischer Gewalt an Frauen. Die Inhalte können belastend oder retraumatisierend auf Leser_innen wirken.

Im äthiopischen Bundesstaat Tigray kombinieren die Daughters of Charity of Saint Vincent de Paul (auch Sisters of Charity of Saint Vincent de Paul genannt), Humanitäre Hilfe und Übergangshilfe mit Friedensarbeit. Dabei werden sie von verschiedenen internationalen humanitären Organisationen unterstützt, unter ihnen Misereor, Caritas international und Missio München. Eine besondere Rolle spielt die Begleitung von Überlebenden sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt. Medhin Tesfay, Regionalkoordinatorin des Ordens, spricht im Interview darüber, was ihr Orden der Konfliktspirale im Land entgegensezтtzt.

„Um friedliche Gemeinschaften aufzubauen, spielen Frauen eine entscheidende Rolle“, sagt Medhin Tesfay. Doch zugleich sind Frauen und Mädchen in Konflikten besonders verletzlich – beispielsweise durch sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt. Das ist auch in Äthiopien zu beobachten. Überlebende wagen oft nicht, über das Erlittene zu sprechen. Scham und Stigma belasten sie schwer. „Wir erleben Fälle, in denen diese Frauen von ihren Familien und den Gemeinschaften, die sie umgeben, verlassen werden“, sagt Medhin. „Zum Beispiel, wenn sie durch eine Vergewaltigung schwanger werden und Kinder bekommen.“

Sexuelle und geschlechts-spezifische Gewalt

Von den Vereinten Nationen wird Sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt, auf Englisch Sexual and Gender-Based Violence (SGBV), definiert als „jede Handlung, die gegen den Willen eines Menschen verübt wird und auf Geschlechternormen und ungleichen Machtverhältnissen beruht“. Das umfasst auch „vollzogene, versuchte oder angedrohte Handlungen. SGBV kann physischer, emotionaler, psychologischer oder sexueller Natur sein und kann die Form der Verweigerung von Ressourcen oder des Zugangs zu Dienstleistungen annehmen.“ Oft denkt man bei SGBV an Frauen und Mädchen. Doch sie kann Menschen aller Geschlechter betreffen. Menschen mit Behinderung, Kinder und ältere Menschen trifft SGBV besonders häufig.

Die Daughters of Charity, eine religiöse Gemeinschaft, der Medhin angehört, unterstützt die Frauen dabei, das Erlebte zu verarbeiten und wieder einen Weg zurück in den Alltag zu finden. Schwester Medhins Hoffnung ist, dass die Frauen dadurch ihr Leben wieder selbst in die Hand nehmen und zu einem friedlichen Wandel im Land beitragen können. „Wir arbeiten daran, sie mit den Instrumenten und Ressourcen auszustatten, die sie benötigen, um in ihren Familien und Gemeinden Veränderungen anzustoßen und so den Friedensprozess zu fördern“, sagt die Ordensfrau. In manchen Fällen arbeiten die Schwestern auch mit



Männern, um Familien wieder zusammenzubringen und die Bindung zwischen Paaren zu stärken. „Aber ein Großteil unserer Arbeit konzentriert sich auf die Frauen.“

Die Herausforderungen im Konfliktgebiet Tigray

Schwester Medhin lebt und arbeitet in Mekelle, der Hauptstadt des äthiopischen Bundesstaats Tigray. Von November 2020 an tobte in Tigray ein zweijähriger Bürgerkrieg. Hunderttausende Menschen starben in dem Konflikt. Zeitweilig waren weder die Vereinten Nationen noch die meisten internationalen NRO in der Lage, die Region inmitten der Blockade und des Konflikts zu erreichen. Die Daughters of Charity konnten als lokale Organisation, mit den begrenzten Mitteln, die damals zur Verfügung standen, Nothilfemaßnahmen mobilisieren. Sie gehörten zu den ersten Akteur_innen, die in den Wirren zu Beginn des Krieges Hilfsdienste leisteten. „Wir können die Menschen nicht ausgerechnet dann verlassen, wenn sie uns am meisten brauchen“, sagt Medhin. Doch die inter-

nationale Unterstützung war sehr begrenzt – auch die der Arbeit der Schwestern. Fast zwei Jahre lang sei Tigray vollständig blockiert gewesen. „Trotz der anhaltenden Dürre erhielten wir keine Nahrungsmittelhilfe. Renten wurden nicht ausbezahlt, wer Ersparnisse hatte, kam nicht an sein Geld. Wir haben überlebt, indem wir das Wenige, das wir hatten, miteinander teilten.“

Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass derzeit mehr als 20 Millionen Menschen in Äthiopien auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind, etwa ein Sechstel der Bevölkerung. Ursachen sind der Klimawandel, Krankheiten, hohe Nahrungsmittelpreise und Konflikte. Und trotz des im November 2022 in Tigray geschlossenen Friedensabkommens dauert die Gewalt in Äthiopien noch an. Bis heute behindern bewaffnete Kämpfe in unterschiedlichen Regionen des Landes die Humanitäre Hilfe. Ein nationaler Dialog, der das Land zusammenführen und dem Staat mehr Rückhalt unter der Bevölkerung verschaffen soll, kommt angesichts der anhaltenden Gewalt, der eingeschränkten Meinungsfreiheit und der Dominanz der Regierungsarbeit kaum voran. Gleiches gilt für die Aufarbeitung begangener Menschenrechtsverletzungen.

Die Daughters of Charity engagieren sich hauptsächlich in der sozialen und Entwicklungsarbeit und in der Humanitären Hilfe, um die Not zu lindern: Sie versorgen unterernährte Kinder mit Spezialnahrung, betreiben Kindergärten und Schulen, Gesundheitszentren und eine Klinik. Sie verteilen Nahrungsmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs an Binnenvertriebene. „Der Bedarf ist riesig“, sagt Medhin. „Wir können nur einen sehr kleinen Teil davon abdecken.“ Die Arbeit werde durch die guten Beziehungen der Daughters of Charity zur Regierung und zu anderen Nichtregierungsorganisationen erleichtert, sagt Medhin. „Die Kirche war immer glaubwürdig. Wir haben alles getan, was wir konnten, um Leben zu retten. Das wissen die Menschen.“



Verteilung von Nahrungsmitteln © Lukas Müller/
Caritas international



Mädchen und Jungen in Mekelle, der Hauptstadt des äthiopischen Bundesstaats Tigray © Lukas Müller/
Caritas international

Schutz und Begleitung von traumatisierten Frauen

Die Traumaarbeit der Daughters of Charity ist Teil eines besonderen Schutzprogramms für Frauen und Mädchen. Viele von ihnen sind Überlebende sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt. Manche wurden während des Kriegs über längere Zeiträume hinweg immer wieder von mehreren Tätern vergewaltigt. „Bei uns finden sie einen sicheren Raum“, sagt Medhin. „Das ist der Einstieg in das Programm zur Sicherung des Lebensunterhalts.“ Derzeit erreiche das Schutzprogramm mehr als 17.700 Frauen.

In ihrem Programm vereinen die Schwestern mehrere Elemente: „Wir unterstützen die Frauen dabei, ihre Traumata auf eine gesunde Weise zu verarbeiten“, erklärt Medhin. „Wir helfen ihnen auch, ihre Grundbedürfnisse zu decken, zum Beispiel an Nahrung oder medizinischer Versorgung. Wenn die Behandlung von psychischen Gesundheitsproblemen unsere Expertise übersteigt, oder wenn die Frauen eine bestimmte Operation benötigen, die wir nicht selbst leisten können, vermitteln wir sie

an weitere Fachleute und Kliniken und begleiten sie auch dorthin. Und schließlich bieten wir Kurse an, in denen sich die Frauen qualifizieren können, und wir unterstützen sie dabei, ihr eigenes Unternehmen zu gründen, damit sie sich und ihre Kinder in Zukunft möglichst selbst versorgen können.“ An dieser Stelle geht die humanitäre Arbeit des Ordens in die Entwicklungszusammenarbeit über.

Dazu entwerfen die Schwestern gemeinsam mit den Frauen einen Geschäftsplan. Sie statthen sie mit dem nötigen Startkapital aus und halten nach, ob sie das Geld für den geplanten Zweck verwenden. Einige der Frauen seien damit sehr erfolgreich, sagt Medhin. „Manche konnten sogar wieder etwas sparen. Sie sind beschäftigt und produktiv, und dadurch haben sie vielleicht auch wieder das Gefühl, nützlich zu sein, und einen Sinn im Leben zu haben.“

„Frieden bedeutet, zu gewährleisten, dass die Grundbedürfnisse aller Menschen gesichert sind.“

Medhin Tesfay, Daughters of Charity



Die Daughters of Charity betreiben im äthiopischen Bundesstaat Tigray Schulen, Kindergärten, Gesundheitszentren und eine Klinik © Lukas Müller/Caritas international

Sie berichtet von einer Frau, die zum Vorbild für andere geworden sei: „Sie wurde von einer Gruppe von Männern vergewaltigt. Auch ihre Tochter ist vor ihren Augen vergewaltigt worden. Diese Frau war psychisch so sehr beeinträchtigt, dass man sie in dem Krankenhaus, in dem sie behandelt wurde, angekettet hat. Mehr als sechs Monate lang nahm sie starke Medikamente, bevor es ihr ein wenig besser ging und man sie zur weiteren Unterstützung zu uns schickte. Natürlich braucht sie immer noch Medikamente. Aber in unserem Programm hat sie eine Ausbildung abgeschlossen, und sie hat inzwischen ihr eigenes Unternehmen gegründet. Sie hat den Weg geschafft von einer gefesselten Patientin zu einer Frau, die sich und ihrer Familie selbst helfen kann.“

Erst Heilung, dann wirtschaftliche Existenzsicherung

Doch bevor traumatisierte Überlebende über ihre wirtschaftliche Existenzsicherung nachdenken können, sei erst einmal Heilung nötig, sagt Medhin – psychisch wie körperlich. „Das Erste ist, dass

wir mit den Frauen Zeit verbringen. Wir hören ihnen zu. Wir besuchen sie regelmäßig zu Hause, um zu sehen, wie es ihnen geht.“ Das sei nicht immer leicht. „Wir hören schreckliche Geschichten“, sagt Medhin: „von Menschen, die gedemütigt und ihrer grundlegenden Bedürfnisse beraubt wurden, von traumatisierten Frauen, von Kindern, die ihre Eltern und Geschwister verloren haben und jetzt allein sind.“

Erschwerend komme hinzu, dass auch die Schwestern selbst von der Gewalt betroffen sind. „Einige von uns haben ihre engsten Familienmitglieder durch diesen Krieg verloren. Wir haben gesehen, wie Menschen vor unseren Augen getötet wurden. Wir können in einer solchen Situation nicht gleichgültig sein. Aber wir benötigen selbst Heilung.“ Ohne die Unterstützung der internationalen Partner könne die nicht erfolgen.

In ihren Gesprächen mit Überlebenden nutzen die Schwestern unter anderem die Methode des Helpful Active Listening (HAL), die bereits 1994 nach dem Völkermord in Ruanda zum Einsatz kam.

Durch HAL unterstützen Überlebende sich gegenseitig dabei, ihre Traumata zu bewältigen. „Wir bilden auch in HAL aus“, sagt Medhin. „Ein Training dauert fünf Tage. Danach können die Teilnehmenden die Methode an andere weitergeben.“

Helpful Active Listening

Helpful Active Listening (HAL) wurde entwickelt, um traumatisierte Überlebende von Gewalttaten gezielt zu unterstützen. In sicheren Räumen können sie darüber sprechen, wie sie sich fühlen – in der Regel treffen sie sich in Gruppen, und erfahren so, dass sie mit ihren Erfahrungen nicht alleine sind. Die in HAL geschulten Betreuer_innen hören nicht nur zu, sondern vermitteln den Überlebenden, wie Traumata wirken. Die Methode soll ihnen helfen, das Erlebte besser zu verarbeiten, Bewältigungsstrategien zu entwickeln und ihre Widerstandskraft (Resilienz) zu stärken.

Weil es so viele Gewaltbetroffene gebe, sei das besonders wichtig. Für die Schwestern sei es „völlig unmöglich“, alle Überlebenden selbst zu erreichen, sagt Medhin. Die Schulungen sollen deshalb der Ausgangspunkt einer Kaskade sein, in der die Ausgebildeten die friedensfördernden Methoden der Schwestern nach und nach immer weiterverbreiten. Das gilt nicht nur für die HAL-Trainings, sondern auch für andere Schulungen, die der Orden anbietet.

Was würde es bedeuten, wenn Frieden herrschte? „Sicherheit und Stabilität“, sagt Medhin. „Mit den Nachbarn in Harmonie zu leben. Dem Guten immer den Vorzug vor dem Bösen zu geben, egal wie die Dinge sich entwickeln mögen. Frieden bedeutet, zu gewährleisten, dass die Grundbedürfnisse aller Menschen gesichert sind. Ohne Frieden ist es sehr schwierig, sich selbst und abhängige Personen mit Wasser und Nahrung zu versorgen. Frieden würde für uns wirklich alles bedeuten.“



Ein spezielles Schutzprogramm für Frauen und Mädchen verknüpft Traumaarbeit mit Humanitärer Hilfe und Übergangsarbeit © Lukas Müller/Caritas international



In der Ausbildung kommen junge Leute aus verfeindeten Vierteln zusammen © nph Kinderhilfe Lateinamerika

HAITI

BERUFLICHE BILDUNG FÜR EIN FRIEDLICHERES MITEINANDER

Fondation St.-Luc und nph Kinderhilfe Lateinamerika

In Haitis Hauptstadt Port-au-Prince, in der Bandenkriminalität das Leben der Menschen massiv beeinträchtigt, bildet die Fondation St.-Luc Jugendliche und junge Erwachsene aus und eröffnet ihnen so eine Perspektive jenseits der Gangs. Dabei kooperiert sie eng mit der nph Kinderhilfe Lateinamerika. In der Ausbildung kommen junge Leute aus verfeindeten Vierteln zusammen, lernen einander besser kennen, entwickeln Verständnis und Sympathie füreinander, schildert nph-Projektkoordinator Cassagnol Destiné im Interview.

Die haitianische Nichtregierungsorganisation Fondation St.-Luc engagiert sich auf Haiti in der

Humanitären Hilfe, in der gemeindebasierten Wirtschaftsentwicklung, in Bildung und Gesundheitsversorgung – immer mit einem besonderen Fokus auf den Schutz von Kindern. Ihre Gründer_innen wuchsen in Einrichtungen der Organisation nuestros pequeños hermanos (nph) in Haiti auf. Die Verbindungen sind also eng. nph Haiti und die Fondation St.-Luc sind seit 37 Jahren im Land aktiv, betreiben heute zwei Kinderdörfer, das einzige Kinderkrankenhaus im Land mit rund 250 Betten und mehr als 30 Schulen, unter ihnen eine Berufsschule in der Hauptstadt Port-au-Prince und eine weitere im Südwesten des Landes.

„Wir gestalten Programme gemeinsam mit den Menschen vor Ort – und setzen sie so um, dass wir alle voneinander lernen“, beschreibt Cassagnol Destiné die flachen Hierarchien. Inhaltlich würden sämtliche Projekte vor Ort in Haiti entwickelt. „Wir unterstützen sie dann finanziell und mit unserer Expertise.“

Doch die Bedingungen für die Arbeit im Land sind derzeit äußerst schwierig. Vor allem in der Hauptstadt Port-au-Prince verschlimmert sich die Gewalt durch kriminelle Banden stetig. „Drei- bis viertausend Gangmitglieder kontrollieren auf brutalste Art den Alltag von rund zwölf Millionen Menschen“, sagt Destiné. Der Staat ist praktisch nicht mehr in der Lage, die Menschen zu schützen. Seit Monaten herrscht Ausnahmezustand.

Um in einem derart konfliktiven Umfeld arbeiten zu können, sind schnelle Reaktionsmechanismen für den Gefahrenfall unabdingbar. „Ein Beispiel: Alle Mitarbeitenden sind im Katastrophenschutz weitergebildet und haben Sicherheitstrainings absolviert, außerdem gibt es Evakuierungspläne für die einzelnen Einrichtungen“, sagt Destiné. Wegen der angespannten Sicherheitslage habe nph bereits

einige Schulen und Klinikabteilungen schließen müssen. „Wir konzentrieren uns derzeit auf unsere Kernaufgaben. Dabei ist die Bevölkerung dringend auf Hilfe angewiesen. Aber die Gewalt schränkt unsere Arbeit momentan sehr ein.“ Direkt mit den Gangs zu verhandeln, sei für nph und St.-Luc dabei ausgeschlossen. „Wenn man das einmal macht, kommt man da nie wieder heraus. Das wäre fatal für uns.“ Immerhin gewähre die Anerkennung ihrer Arbeit beiden Organisationen „bis jetzt“ einen gewissen Schutz. Die eigene Neutralität unter allen Umständen zu wahren, sei unabdingbar, so Destiné.

Die Basis für ein friedlicheres Zusammenleben: Bildung und wirtschaftliche Perspektiven

Zwar ist die Friedensförderung kein strategisches Ziel der Arbeit von nph und der Fondation St.-Luc auf Haiti. Doch durch ihre Arbeit schaffen sie die Basis für ein friedlicheres Zusammenleben – indem sie Menschen helfen, ihre Existenzgrundlage zu sichern, und indem sie in ihren Einrichtungen zeigen, wie Verständnis füreinander wachsen kann. Das tun die beiden Organisationen auf mehreren



Jugendliche ohne Ausbildung und Perspektiven werden leicht von Gangs rekrutiert © nph Kinderhilfe Lateinamerika

Wegen. Einer davon ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, von Bildungs- und beruflichen Perspektiven für junge Erwachsene. Das Ziel: Die Menschen sollen nachhaltig für sich selbst und ihre Familien sorgen und so „in Würde leben können“, sagt Destiné. „Wenn sie über Instrumente verfügen, um ihre Zukunft selbst zu gestalten, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich kriminellen Banden anschließen, deutlich geringer.“

„Wenn ich sehe, wie zwei Jugendliche beginnen, die Sicht des anderen besser zu verstehen – dann ist das für mich ein großer Schritt in die richtige Richtung.“

Cassagnol Destiné, nph Kinderhilfe Lateinamerika

Das verheerende Erdbeben von 2010 habe gezeigt, wie sehr Haiti von Importen abhänge. Es fehlte an allem. „Also haben wir angefangen, im Land Produktionskapazitäten aufzubauen: für Baumaterialien, Mobiliar, Schuluniformen, Sauerstoff für unsere Krankenhäuser; Brot, Eier, Tomaten, Fisch und Fleisch. Durch die Installation von Solarzellen stellen wir außerdem die Energieversorgung unserer Gebäude sicher.“

In Tabarre, einem benachteiligten Viertel im Ballungsraum von Port-au-Prince, betreibt St.-Luc die Akademie für Frieden und Gerechtigkeit: eine weiterführende Schule für mehr als 3.500 Schülerinnen und Schüler, die neben Allgemeinwissen auch berufliche Fertigkeiten und demokratische Werte vermittelt. Daneben unterhält die Stiftung eine Berufsschule in Port-au-Prince. Rund 400 Auszubildende werden hier in unterschiedlich lang andauernden Programmen in Klempnerei, Krankenpflege, Telekommunikation, Elektrotechnik,

Ausbildung von jungen Erwachsenen zu Automechaniker_innen © nph Kinderhilfe Lateinamerika





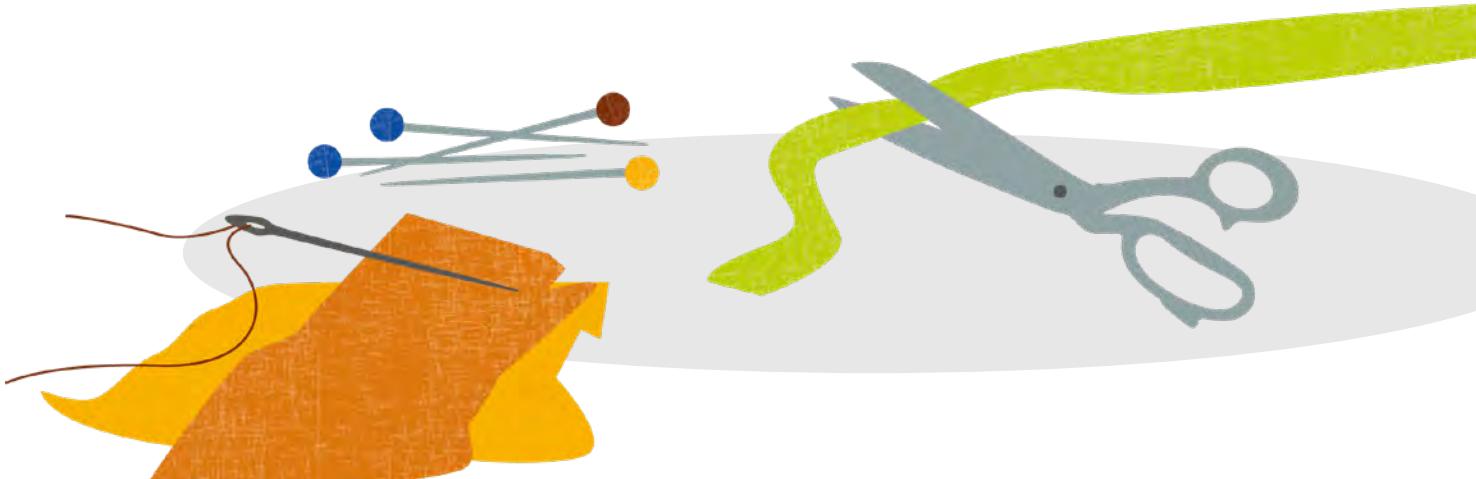
Automechanik, Schneiderei und Metallverarbeitung ausgebildet. „Nach dem Abschluss begleiten wir die jungen Leute so lange, bis sie entweder eine Stelle gefunden oder den Sprung in die Selbstständigkeit geschafft haben“, sagt Destiné. So will man ihnen helfen, der Anziehungskraft der Banden zu widerstehen. Denn gerade Jugendliche ohne Aussichten auf dem Arbeitsmarkt und ohne Ausbildung würden leicht von den Gangs rekrutiert, sagt Destiné. Sie finden dort Zugehörigkeit und Schutz und versuchen so der Perspektivlosigkeit zu entgehen. „Und wenn sie einmal dazugehören“, erklärt Destiné, „dann haben sie kaum eine Chance, wieder aus den kriminellen Strukturen herauszukommen.“

Förderung des Zusammenhalts durch Freizeitaktivitäten

Um das Miteinander in der Berufsschule zu fördern, organisieren nph und die Fondation St.-Luc ein monatliches informelles Treffen zwischen allen Auszubildenden auf dem Schulgelände. „Die jungen Leute sollen einander besser kennenlernen“, sagt Destiné. „Wenn sie miteinander sprechen, einander Fragen stellen, verlieren sie ihr Misstrauen. Sie können einander besser verstehen. Sympathie und Solidarität wachsen.“

Wie gut das funktionieren kann, erfuhr er 2015 in einem Vorläuferprojekt in Cité Soleil, wo die Fondation St.-Luc einige weitere Schulen betreibt. „Wir bemerkten, dass Kinder aus verschiedenen Nachbarschaften untereinander verfeindet waren“, sagt Destiné. „Also haben wir begonnen, Freizeitaktivitäten für sie zu organisieren. Wir spielten mit ihnen Fußball und verteilten kostenlose Mahlzeiten.“ Die Gangs tolerierten das Miteinander – und die Kinder begannen, einander zu mögen. „Damals haben wir gesehen, wie Vorbehalte abgebaut werden und Freundschaften entstehen können“, sagt Destiné. „Heute arbeiten einige dieser Kinder zusammen.“ Später fand der Ansatz Eingang in die Berufsschule – und mittlerweile arbeiten junge Absolventinnen und Absolventen zusammen, „die am Anfang ihrer Ausbildung nicht viel miteinander zu tun hatten“, wie Destiné sagt. „Die Erfahrung zeigt, dass junge Menschen bereit sind, alternative Wege zu gehen und sich mit viel Engagement einzubringen, wenn man ihnen die Chance dazu gibt und an sie glaubt.“

Destiné ist überzeugt: „Der Mensch ist der entscheidende Faktor, um Frieden zu bringen. Genau das setzen wir an. Wenn ich sehe, wie zwei Jugendliche beginnen, ihre Perspektive zu ändern, die Sicht des anderen besser zu verstehen – dann ist das für mich ein großer Schritt in die richtige Richtung. Und wenn nur ein einziges Kind das schafft, hat sich für mich jede Anstrengung gelohnt.“





ISRAEL

MENSCHENRECHTSARBEIT INMITTEN EINES HOCH- ESKALIERTEN KONFLIKTS

Adalah und Weltfriedensdienst

Im israelischen Haifa setzt sich das juristische Zentrum Adalah, unterstützt vom Weltfriedensdienst, dafür ein, die Menschenrechte in Israel zu verteidigen, insbesondere die der palästinensischen Bürgerinnen und Bürger Israels, die sich schwerwiegender Diskriminierung gegenübersehen und nicht die gleichen Rechte genießen wie jüdische Israelis. Der brutale Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 und der folgende Krieg in Gaza haben das Land tief traumatisiert. Seither unterdrücken die israelischen Behörden die Rechte der palästinensischen Bürgerinnen und Bürger noch mehr und besonders stark, sagt Adalah-Mitgründerin und Direktorin für internationale Advocacy-Arbeit, Rina Rosenberg. Auch manche internationalen Geldgeber haben ihre Unterstützung für palästinensische Organisationen der Zivilgesellschaft gestoppt. Im Interview berichtet Rosenberg, was das für ihre Arbeit bedeutet.

„Adalah“ ist das arabische Wort für Gerechtigkeit. Der volle Name der Organisation mit Sitz im israelischen Haifa ist: Adalah – das Legale Zentrum für die Rechte Arabischer Minderheiten in Israel. Rina Rosenberg, eine Rechtsanwältin aus den USA, hat Adalah 1996 gemeinsam mit ihrem Mann Dr. Hassan Jabareen, einem palästinensischen Bürger Israels, und mehreren anderen palästinensischen Anwält_innen und Aktivist_innen gegründet. Ihr Ziel: Alle Bürgerinnen und Bürger Israels sollen die gleichen Rechte genießen.

Fast 30 Jahre ist das jetzt her. „Es war eine hoffnungsvolle Zeit“, erinnert sich Rosenberg. „Die Berliner Mauer war gefallen, Südafrika hatte die Apartheid beendet. Viele Länder entwarfen neue demokratische Verfassungen. 1993 war das erste Oslo-Friedensabkommen zwischen Israel und der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO unterzeichnet worden. Ein palästinensischer Staat schien greifbar nah. Israel hatte den internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert und ebenso den Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.“ Bis heute sind die beiden Konventionen für die Arbeit von Adalah eine wichtige Basis.

Der Weltfriedensdienst arbeitet seit 2014 mit Adalah und weiteren Menschenrechtsgruppen in Israel und dem besetzten palästinensischen Territorium zusammen. Er entsendet Fachkräfte für Medienarbeit und internationales Recht, welche die Partnerorganisationen bei der Recherche und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen, Infoveranstaltungen und Seminare organisieren. Adalah und der Weltfriedensdienst erachten die Einhaltung des internationalen Rechts und der Menschenrechte als notwendige Bedingungen für einen gerechten Frieden in der Region. Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und juristisch anzufechten sowie die Öffentlichkeit hierüber zu informieren, sind zentrale Bestandteile der Kooperation.

Verteidigung der Rechte palästinensi-scher Bürger_innen Israels

Die palästinensischen Bürgerinnen und Bürger Israels machen heute ein Fünftel der Bevölkerung Israels aus. Adalah war das erste juristische Zentrum, das sich für ihre Rechte engagierte. Seine Anwältinnen und Anwälte verteidigen neben den palästinensischen Bürger_innen in Israel auch die Rechte der palästinensischen Menschen in Ostjerusalem, im besetzten Gazastreifen und Westjordanland und ebenso der syrischen Drusen im Golan.

In den ersten Fällen reichte Adalah vor dem Obersten Gerichtshof Israels Petitionen ein, um die kulturellen und religiösen Rechte für die palästinensische Bevölkerung in Israel einzufordern, auf die sie gemäß internationaler Verträge ein Anrecht haben. Also beispielsweise das Recht auf freie Religionsausübung, das Recht, die eigenen Tradi-

tionen zu pflegen, sich künstlerisch auszudrücken, auf Zugang zu Bildung und Wissenschaft und das Recht, die eigene Sprache zu sprechen: „Wir haben etwa verlangt, dass die Schilder an den Schnellstraßen in Israel nicht nur Aufschriften auf Hebräisch und Englisch tragen sollen, sondern auch auf Arabisch, denn Arabisch war damals eine der offiziellen Sprachen Israels“, erinnert sich Rosenberg. „Wenn man heute im Land Straßenschilder auf Arabisch sieht, dann ist dies sehr wahrscheinlich auf unsere Petition zurückzuführen.“

Daneben fordere Adalah auch wirtschaftliche und soziale Rechte der palästinensischen Bürger_innen Israels ein – etwa das Recht auf Bildung, bezahlbare medizinische Versorgung, andere Sozialleistungen und auf Inklusion. Adalah vertritt auch die arabische politische Führung in Israel juristisch. „Beispielsweise, wenn Abgeordnete der Knesset in ihrer parlamentarischen Arbeit behindert werden,



Marwan Abu Freih, Bürokoordinator bei Adalah, mit Scheich Fraj, Dorfvorsteher von Ras Jrabah, einem nicht anerkannten Dorf, dessen Zerstörung durch israelische Behörden angeordnet wurde, 6. Juni 2024
© Adalah



wenn die Knesset sie suspendieren oder ausschließen möchte oder wenn der Staat im Zusammenhang mit Straftaten wegen politischer Äußerungen Strafverfahren gegen sie einleitet“, sagt Rosenberg.

Dabei betreibt Adalah vor allem strategische Prozessführung: Die angestrebten Klagen sollen möglichst auf systemischer Ebene Veränderungen bewirken. „Wenn wir denken, dass das israelische Recht, das Völkerrecht und das vergleichende Verfassungsrecht uns eine stabile Grundlage geben, wenn wir eine gute Chance sehen, vor Gericht juristisch und politisch zu gewinnen, und wenn wir sehen, dass der Fall das Leben vieler Menschen positiv beeinflussen könnte – dann übernehmen wir ihn“, sagt Rosenberg. „Weil wir wissen, dass wir damit möglicherweise eine große Wirkung erzielen können.“

Menschenrechtslage für die Palästinenserinnen und Palästinenser im Land enorm verschlechtert. Mehr als 240 Menschen wurden bei den Angriffen nach Gaza entführt, laut israelischen Angaben über 1.200 während des Überfalls getötet.¹ „Seither arbeiten wir im Notfallmodus“, sagt Rosenberg.

Ende Oktober 2023 begann Israel eine Bodenoffensive im Gazastreifen. Ein Jahr später waren laut UN-Angaben mehr als 42.000 Menschen durch den Krieg getötet worden, etwa ein Drittel davon Kinder, und mehr als 100.000 Menschen verletzt.² UN-Schätzungen zufolge befanden sich zudem 1,9 Millionen Menschen auf der Flucht. Dies entspricht etwa 90 Prozent der Bevölkerung Gazas – viele von ihnen wurden mehrfach vertrieben. Wie viele Menschen durch den Krieg in Gaza tatsächlich bislang ums Leben kamen, lässt sich angesichts der anhaltenden Kämpfe nur schwer beziffern.

Rosenberg sagt, in Israel selbst habe sich „die Verfolgung der arabischen Bevölkerung drastisch verschärft“. Sie gibt ein Beispiel: „Zwei Wochen nach Kriegsbeginn hat der Polizeichef ein landesweites Demonstrationsverbot verhängt. Es betrifft ausschließlich die palästinensische Bevölkerung, denn jüdische Israelis protestieren ständig und oft auch in großer Zahl. Wir sind juristisch in drei Fällen gegen das Verbot vorgegangen – und wir haben alle drei vor dem Obersten Gericht verloren. Selbst eine stillen Mahnwache, an der höchstens 50 Personen teilnehmen wollten, wurde nicht erlaubt. Auch das High Follow-Up Committee für arabische Bürger_innen Israels, ein Gremium, in dem sich hochrangige palästinensische Politikerinnen und Politiker zusammengeschlossen haben, durfte keine Demonstration organisieren.“ Die Diskriminierung sei offensichtlich.

„Wenn wir sehen, dass ein Fall das Leben vieler Menschen positiv beeinflussen könnte – dann übernehmen wir ihn, weil wir wissen, dass wir damit möglicherweise eine große Wirkung erzielen können.“

Rina Rosenberg, Adalah

Verschärfte Bedingungen nach dem 7. Oktober 2023

Mit den Angriffen der Hamas am 7. Oktober 2023 auf mehrere Gemeinden, Militärstützpunkte und ein Festival im Süden des Landes hat sich die

¹ United Nations Human Rights Office of the High Commissioner (7. Oktober 2024): ↗ [7 October: UN experts call for end of violence and accountability after year of human loss and suffering and blatant disregard for international law](#)

² United Nation Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (22. Oktober 2024): ↗ [Reported impact snapshot | Gaza Strip](#)



Adalah-Generaldirektor Dr. Hassan Jabareen (Mitte) und Direktorin Dr. Suhad Bishara (3. v. l.) zusammen mit Mandant_innen am Obersten Gerichtshof Israels, 15. Juli 2024 © Ari Remez

Nach dem 7. Oktober 2023 habe die Polizei viele palästinensische Bürger_innen Israels und Einwohner_innen Ostjerusalems verhaftet, weil sie auf ihren Social-Media-Konten Kommentare veröffentlichten, welche die israelischen Behörden als Unterstützung für die Hamas werteten. Zum Beispiel schrieb eine Studentin und palästinensische Bürgerin Israels, die am 7. Oktober das Foto einer Shakshuka gepostet hatte, einer speziellen Tomaten-Eierspeise: „Heute ist ein Tag des Sieges! Sie meinte damit, dass es ihr zum ersten Mal gelungen sei, eine Shakshuka zuzubereiten, aber die Behörden glaubten ihr nicht“, sagt Rosenberg. „Sie wurde über Nacht im Gefängnis festgehalten, und ihre Hochschule hat sie suspendiert. Dabei hatte ihr Post rein gar nichts mit dem Terrorüberfall der Hamas zu tun. Jetzt streiten wir uns vor Gericht und vor einem Disziplinargericht der Universität um eine Shakshuka. Das ist doch absurd.“ Israels Universitäten und Hochschulen sanktionierten andere Studierende für Posts, die einen Mann in

Gaza inmitten von Trümmern zeigten, darüber ein gebrochenes Herz. Auch für Koranverse oder für ein Foto, das den Durchbruch der Hamas durch den Schutzzaun am 7. Oktober zeigt.

„Palästinenser_innen, die solche Dinge posten, wurden in Israel verhaftet und nach Anti-Terror-Gesetzen juristisch verfolgt“, sagt Rosenberg. „Die Staatsanwaltschaft hat jüdische Israelis sehr selten wegen Aufwiegelung strafrechtlich verfolgt, und wenn sie es tut, wird das reguläre Strafrecht auf sie angewandt. Wohlgemerkt, die Verhaftung der Palästinenser_innen in diesen Fällen hat nichts mit gewalttätigen Akten zu tun, sondern mit dem Grundrecht der freien Rede. Dutzende palästinensische Studierende wurden von ihren Hochschulen suspendiert, weil sie sich zum Krieg in Gaza äußerten. Das kann die Zukunft der jungen Leute völlig zerstören.“ Seit dem Beginn des Kriegs hat Adalah fast 100 Studierende in Hochschul-Disziplinarverfahren vertreten.



Einschränkungen der Arbeit palästinensischer Organisationen

Als Israels Regierung 2021 sechs palästinensische Nichtregierungsorganisationen zu terroristischen Vereinigungen erklärte, vertrat Adalah auch sie. „Wir waren Teil eines größeren Verteidigungs-teams“, sagt Rosenberg. „Es sind die prominentesten palästinensischen Menschenrechtsorganisationen in den besetzten Gebieten; Gruppen, die sich für die Rechte von Kindern, von Frauen, von Gefangenen einsetzen. Der damalige Verteidigungsminister Benny Gantz unterstellte ihnen Verbindungen zur Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), aber er legte für seine Anschuldigung keine Beweise vor. Wir gingen vor der israelischen Militärgerichtsbarkeit juristisch dagegen vor. Wir haben verloren.“

Die palästinensischen Organisationen entschieden damals, die Entscheidung des Militärs nicht vor zivilen Gerichten anzufechten, erinnert sich Rosenberg. Das hat aktuelle Auswirkungen: Nach dem 7. Oktober 2023 strichen ihnen einige internationale Geldgeber die Finanzierung, unter ihnen auch Deutschland, während andere vorübergehend Gelder auf Eis legten oder Überprüfungen durchführten. Wegen der durch die deutsche Bundesregierung gestrichenen Fördergelder musste auch der Weltfriedensdienst seine Kooperation mit zwei der sechs Organisationen vorerst beenden: Al-Haq und Defense for Children International – Palestine (DCIP), das über Menschenrechtsverletzungen an Kindern und Jugendlichen berichtet.

Eine BMZ-Sprecherin erklärt dazu, die Bundesregierung habe bereits „nach der Designierung der sechs von Israel als Terrororganisationen gelisteten Nichtregierungsorganisationen durch Israel im Oktober 2021 – also schon vor dem 7. Oktober 2023 – entschieden, bis auf Weiteres keine neu-

en Projekte in Zusammenarbeit mit diesen NRO mehr zu fördern“. Vom BMZ geförderte zivilgesellschaftliche Träger hätten nur mit zwei der sechs Organisationen zusammengearbeitet. „Diese Kooperationen sind mittlerweile ausgelaufen.“ Andere Kooperationen laufen laut BMZ weiter. Aufrufe zur Gewalt und die Leugnung des Existenzrechts Israels seien aber für die Bundesregierung Ausschlusskriterien für eine Zusammenarbeit. Rosenberg hingegen sagt, es gebe bis heute keine Belege für die Anschuldigungen: „Israels Regierung hat den USA, der EU, Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten sogenannte Beweisdossiers zur Verfügung gestellt. Aber mir sind keine Beweise bekannt, die die Anschuldigungen stützen würden, weder für Betrug, Bestechung oder Korruption, noch dafür, dass diese Menschenrechtsgruppen Organisationen unterstützen würden, die Israel als Terrorgruppen ansieht.“ Auch das UN-Menschenrechtsbüro in den palästinensischen Autonomiegebieten nannte die Vorwürfe Ende Mai 2024 „unbewiesen“. Die negativen Folgen seien „massiv, unter anderem verringerte Unterstützung durch Geber, Verlust von Mitarbeitenden, Angst vor der Arbeit an wichtigen Menschenrechtsfragen und die Arbeitsmoral der Mitarbeitenden.“

Rosenberg sagt, die Gelder zu streichen, sei gefährlich: „Diese Gruppen berichten über Menschenrechtsverletzungen, die von Israel, der palästinensischen Autonomiebehörde und der Hamas begangen werden. Sie arbeiten unabhängig. Wenn man ihnen jetzt die Unterstützung entzieht, was ist dann die Botschaft?“, fragt sie. Ihre Antwort: „Die Botschaft ist, dass auch der zivilgesellschaftliche Kampf um die Menschenrechte nicht legitim ist. Dass Besatzung, die Blockade und massive Menschenrechtsverletzungen ungehindert weitergehen können. Diese Botschaft auszusenden, ist ein schrecklicher Fehler.“

• • • •

FRIEDENS- KONSOLIDIERUNG IN POST-KONFLIKT- SITUATIONEN





Wenn gewaltsame Auseinandersetzungen für beendet erklärt werden, beispielsweise durch einen Waffenstillstand, ist der Frieden noch lange nicht erreicht. Viele Schritte sind nötig, um einen stabilen, dauerhaften Frieden aufzubauen.

Dazu gehören zum Beispiel eine tatsächliche Beendigung der Gewalt, die Demobilisierung der Kämpfenden und ihre Reintegration in die Gesellschaft. Auch die Frage, wie mit Menschenrechtsverletzungen umgegangen werden soll, die Begleitung von traumatisierten Menschen, die juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung von begangenem Unrecht, beispielsweise in Wahrheitskommissionen. Zudem der Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur, von staatlichen Strukturen und Verwaltung, die Sicherung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung sowie die Gewährleistung von politischer Teilhabe und Menschenrechten.

Versöhnung ist ein schwieriger und langwieriger Prozess. Damit er gelingt, müssen bislang verfeindete Gruppen – oder Täter- und Opfergruppen – bereit und in der Lage sein, aufeinander zuzugehen. Das fällt oftmals nicht leicht. Zugleich müssen Mechanismen zur Konfliktprävention etabliert werden, die einen Rückfall in Gewalt verhindern können.

Dieses Kapitel beschreibt, wie zivilgesellschaftliche Friedensarbeit dazu beitragen kann. Die ausgewählten Projekte stehen für verschiedene Schwerpunkte in der Friedenskonsolidierung:

In Kolumbien, wo die Gewalt trotz des Friedensvertrags mit der FARC-Guerilla (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) noch nicht beendet ist, schafft die Organisation Corporación de Investigación y Acción Social y Económica (CIASE) durch feministische Dialogformate Räume zum Austausch zwischen verschiedenen

Bevölkerungsgruppen. Dabei sollen alle Teilnehmenden – gerade auch besonders marginalisierte Menschen – ermächtigt werden, sich aktiv an kommunalpolitischen Entscheidungen zu beteiligen, gemeinsam zu Beschlüssen zu kommen und so friedlich miteinander zu leben.

In Pakistan, wo viele Menschen aus der Grenzregion zu Afghanistan vertrieben wurden und jetzt in ihre Heimat zurückkehren, nutzt die Organisation Sarhad Rural Support Programme (SRSP) die traditionelle Autorität der Älteren, um konstruktive Dialoge zwischen den Generationen zu ermöglichen. Zudem fördert die von SRSP errichtete gemeinsam genutzte Infrastruktur – im Beispieldfall ein Sportplatz – die Annäherung zwischen den Gemeinschaften.

In Nigeria, wo in einer Konfliktregion Binnenvertriebene und Alteingesessene miteinander leben, stärken von der Christoffel-Blindenmission (CBM) initiierte Spargruppen und die gemeinsame Verwaltung von Trinkwasser den Gemeinschaftssinn und den friedlichen Austausch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

In Kamerun, wo die Miliz Boko Haram noch aktiv ist, setzt sich die Organisation Action Locale pour un Développement Participatif et Autogéré in Cameroon (ALDEPA) für Kinderrechte ein und motiviert Kinder, Friedensbotschaften in ihre Gemeinschaften zu tragen. Dafür nutzt ALDEPA einen speziellen psychosozialen Ansatz, der den Menschen hilft, die eigene Rolle in der Gesellschaft zu reflektieren, Einflussfaktoren offenzulegen und sich nach und nach von etwaigen gewaltsamen Verhaltensweisen zu lösen. Auch dieses Beispiel zeigt, wie fließend die Übergänge zwischen Friedensarbeit in eskalierten Konflikten und einer Post-Konflikt-Friedenskonsolidierung sein können.



CIASE initiiert feministische Dialoge zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen © Johanniter

KOLUMBIEN

FEMINISTISCHE DIALOGE AUF DEM WEG ZUM FRIEDEN

Corporación de Investigación y Acción Social y Económica (CIASE) und Johanniter

Im kolumbianischen Departement Tolima hat die Zivilbevölkerung besonders unter dem Konflikt zwischen FARC-Guerilla und Regierung gelitten. Bis heute sind in der Region bewaffnete Gruppen aktiv – wie fließend die Übergänge zwischen gesellschaftlicher Friedensarbeit in eskalierten Konflikten und Ansätzen sind, die in Post-Konflikt-Situationen zur Anwendung kommen, zeigt sich in Kolumbien deutlich. Die Johanniter kooperieren dort mit der Organisation CIASE, die der Waffengewalt feministische Beteiligungsformen entgegensezt. „Es gefällt mir, zu sagen, dass wir die Demokratie gebären“, sagt CIASE-Direktorin Rosa Emilia Salamanca im Interview.

Die Johanniter arbeiten in der Gemeinde Chaparral im Department Tolima mit CIASE zusammen. Die Region ist eine von mehreren, in denen die Johanniter die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung besonders fördern wollen. Unter anderem durch die Aufarbeitung des bewaffneten Konflikts mit allen Beteiligten – sowohl mit der Zivilbevölkerung als auch staatlichen Stellen und ehemaligen Kämpfer_innen. In Chaparral, einer früheren Hochburg der FARC, gibt es daran viel Bedarf, denn hier waren die Menschenrechtsverletzungen besonders massiv.



„CIASE ist eine feministische Organisation, die aus Frauen und Männern besteht. Wir praktizieren einen dialogorientierten Feminismus – das heißt, wir lassen uns immer wieder bewusst von nicht feministischen Argumenten herausfordern. Wir sind überzeugt, dass eine absolute Wahrheit nicht existiert“, sagt Salamanca. „Denn jede Person entwickelt ihr Wissen aus dem Ort heraus, an dem sie lebt, und den Bedingungen, die sie dort vorfindet. Daraus entsteht ihre eigene Interpretation von Realität, Unsicherheit, Konflikten und Frieden – und darin liegt der Schlüssel unserer Arbeit.“ Die Mitarbeitenden von CIASE seien überzeugt, dass Wissen im Austausch entsteht, „vor allem mit den Personen, die ihre Situation selbst am besten kennen“. CIASE analysiert ergänzend die Machtbeziehungen in der Gesellschaft.

Um Frieden zu schaffen, seien all diese Elemente „essenziell wichtig“, erklärt die CIASE-Direktorin. „Denn wenn Wissen kontext- und ortsabhängig ist, dann können die Menschen aus ihren lokalen Lebensumständen heraus selbst am besten darüber sprechen, welchen Frieden sie brauchen. Wir haben so lange im Konflikt gelebt! Für uns ist Frieden kein Zustand, sondern in jeder Hinsicht ein Prozess, ein kultureller, wirtschaftlicher, spiritueller und emotionaler Wandel. Frieden zu schaffen, ist deshalb eine ständige praktische Übung. Ihr Ausgangspunkt ist, anzuerkennen, dass wir verschieden sind, und dass daraus Konflikte entstehen können. Sie erfordert die Bereitschaft, eigene blinde Flecken zu überwinden, und die anderen Personen aus deren Erfahrungen heraus besser zu verstehen.“

Das sei nicht immer einfach. „Wir tragen viel Schmerz in uns, und es kann geschehen, dass wir sehr emotional reagieren, wenn jemand etwas zu uns sagt. Zu lernen, mit diesen starken Gefühlen umzugehen, sie in etwas zu verwandeln, dass wir im Dialog ausdrücken können, ohne die anderen womöglich vor den Kopf zu stoßen, ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Methode.“

Die internationale Kooperation ermögliche die friedensstiftende Arbeit von CIASE, sagt Salamanca. „Die Johanniter zum Beispiel unterstützen uns in einem Projekt, das den gemeindebasierten Tourismus fördern möchte – und um dafür die Voraussetzungen zu schaffen, ist ein Dialog unabdingbar.“ Das Vorhaben verknüpft in Chaparral die Schaffung von kollektivem Kleingewerbe mit der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Anfänglich wurde es in einem anderen Gebiet durchgeführt und musste aus Sicherheitsgründen verlegt werden – der bewaffnete Konflikt ist in Kolumbien noch nicht vorbei.

Dialogbasierter Feminismus als Friedensansatz

In Tolima haben besonders viele Menschen die Gewalt des bewaffneten Konflikts am eigenen Leib erfahren. Sie wurden bedroht, erpresst, entführt, vergewaltigt, vertrieben oder sie haben nahestehende Menschen durch die Gewalt verloren. In manchen Gemeinden leben viele Indigene. Ihre Rechte werden oft besonders missachtet, ebenso die der Afrokolumbianerinnen und Afrokolumbianer. CIASE setzt sich auch für diese besonders marginalisierten Gruppen ein.

„Wir initiieren Dialoge zwischen den Angehörigen indigener und afrokolumbianischer Gruppen, der Land- und der Stadtbevölkerung, damit sie sich über gemeinsame Wege zum Frieden verständigen können“, beschreibt Salamanca diese Arbeit.

„Gelingt das nicht, besteht das Risiko, dass sie aufgrund ihrer unterschiedlichen Interessen zu Feinden werden. Aber in unseren Dialogen geht es nicht darum, zu gewinnen oder am Ende besser dazustehen als die anderen. Das wäre die Logik des Krieges. Unser Ziel ist ein anderes: die anderen Menschen zu verstehen, gemeinsam zu lernen und am Ende zu einem Einverständnis zu gelangen. Das nimmt mehr Zeit in Anspruch. Aber am Ende hält die Einigung umso länger.“



Informationsveranstaltung von CIASE © Johanniter

CIASE veranstalte auch Dialoge zwischen ehemaligen Guerillakämpfer_innen und der Zivilbevölkerung, um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen, sowie zwischen kommunalen Verwaltungen und den Menschen, die in den Gemeinden leben, damit diese über die Umsetzung von friedenspolitischen Beschlüssen und Gesetzen mitentscheiden können, sagt Salamanca. „Im Süden Kolumbiens entwickeln wir gerade einen Dialog zwischen der bäuerlichen Bevölkerung, die auf dem Gebiet einer indigenen Gemeinschaft Bäume verbrennt, um dann das Land zu bewirtschaften, und der indigenen Gemeinschaft, die aus den Bäumen Holzkohle erstellt und so ein Einkommen generiert. Wir wollen verhindern, dass daraus eine bewaffnete Auseinandersetzung entsteht.“

Nicht zuletzt initiiert CIASE als feministische Organisation Dialoge zwischen Männern und Frauen. „Die Gewalt gegen Frauen ist in Kolumbien ein sehr ernstes Problem. Männer töten ihre Partnerinnen – oder ehemalige Partnerinnen – mit einer unglaublichen Leichtigkeit. Durch Dialog streben wir Vereinbarungen an, die die Frauen schützen.“

Förderung demokratischer Institutionen

Gesamtgesellschaftlich gesehen schaffe CIASE durch die Dialoge Frieden und demokratischere Institutionen, sagt Salamanca, „und zwar immer wieder aufs Neue“. Doch in einer „machistischen Gesellschaft“ wie der kolumbianischen sei es „eine enorme Kraftanstrengung, den Krieg zu ver- und den Dialog zu erlernen. Ich habe miterlebt, wie ältere Männer 16- oder 18-Jährigen einreden, sie müssten zur Waffe greifen, um ihre Männlichkeit unter Beweis zu stellen. Das tut so weh; wie kann man Jugendliche so manipulieren? Im Departement Cauca hingegen setzen indigene Frauen ihr eigenes Leben aufs Spiel, um ihre Söhne aus den bewaffneten Gruppen zu retten. Sie gehen zu den Kämpfern und sagen, sie wollen keine Söhne mehr für den Krieg zur Welt bringen.“

Machismo

Der Begriff Machismo meint eine übersteigerte Vorstellung von männlicher Stärke, Überlegenheit und Vitalität. Er geht oft einher mit traditionellen Geschlechterrollen und Familienbildern und einer Abwertung von als weiblich empfundenen Verhaltensweisen, wie Sanfttheit, Rücksichtnahme, Dialog- und Kompromissbereitschaft.

CIASE setzt aber nicht nur auf Dialogförderung. Daneben arbeitet die Organisation ganz pragmatisch daran, die Sicherheit besonders gefährdeter Menschen in Kolumbien zu erhöhen. Das können Personen sein, die sich mehr als andere für den Frieden engagieren, oder Frauen, die oft allein aufgrund ihres Geschlechts nicht sicher sind. Um ihnen in einem immer noch von Gewalt geprägten Umfeld mehr Sicherheit zu verschaffen, hat CIASE eine App entwickelt, die rund 170 Fragen enthält. Mit ihrer Hilfe kann man die eigene Gefahrenlage besser einschätzen und passende Sicherheitspläne erstellen.



„Die internationale Gemeinschaft muss in die Zivilgesellschaft investieren, wenn sie den Frieden fördern will.“

Rosa Emilia Salamanca, CIASE

„Natürlich kann die App keine konkrete Bedrohung wegvischen“, sagt Salamanca. „Aber mit ihr hat man die Chance, besser auf sich aufzupassen und Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Sie erleichtert den Schritt vom passiven Opfer zu aktiven Friedensstifterinnen und -stiftern – und vor allem zu Menschen, die selbst über ihr Schicksal bestimmen. Es ist unglaublich, wie viel Kraft daraus entstehen kann.“

Eine Sache ist der CIASE-Direktorin besonders wichtig: „Ich bin nicht die einzige Frau, die bei CIASE für den Frieden arbeitet. Wir sind viele. Jede trägt einen wichtigen Teil bei – und unsere besondere Kraft entsteht aus unseren Allianzen.“ Auch aus der internationalen Kooperation mit den

Johannitern: Der gesamte Dialog um das Tourismusprojekt sei eine einzige Übung darin, Frieden zu stiften, sagt Salamanca. Manches daran sei auch schmerhaft, zum Beispiel wenn über Orte gesprochen werde, an denen im Bürgerkrieg Menschen starben. Doch wenn diese Orte jetzt eine neue Bedeutung erhielten, könnten die alten Wunden besser heilen. „So eröffnen sich den Menschen neue Möglichkeiten, zu leben“, sagt sie.

Was Frieden für sie bedeute? „Nicht das Schweigen der Waffen. Sonder zu wissen, dass nicht hinter der nächsten Ecke der Tod lauert und dass ein gutes, gesundes, nützliches, friedvolles Leben möglich ist.“ Frieden werde nicht bereits durch einen Waffenstillstand zwischen bewaffneten Gruppen erreicht, sondern sei ein gemeinsames Unterfangen: „Wir alle müssen neue Verträge miteinander schließen. Deshalb muss die internationale Gemeinschaft in die Zivilgesellschaft investieren, wenn sie den Frieden fördern will. Natürlich ist das alles ein langer Prozess, der finanzielle Mittel benötigt. Aber wie viel Geld fließt in den Krieg?“



Projektteilnehmende in Chaparral, einer Gemeinde am Rande des Nationalparks Natural Las Hermosas in Kolumbien © Johanniter



PAKISTAN

KONFLIKTBEARBEITUNG DURCH SENIOR CITIZEN COUNCILS

Sarhad Rural Support Programme (SRSP) und HelpAge International

Im pakistanischen Grenzgebiet zu Afghanistan gibt es seit Jahren Kämpfe zwischen Armee und militanten Gruppen. Hunderttausende Menschen wurden vertrieben; der Zusammenhalt in den Dorfgemeinschaften hat stark gelitten. Das Sarhad Rural Support Programme (SRSP) engagiert sich dort in Kooperation mit HelpAge Deutschland besonders für die Belange älterer Menschen. In demokratisch legitimierten Senior Citizen Councils, in denen verschiedene Generationen zusammenarbeiten, spielen die Älteren eine wichtige Rolle für die Lösung lokaler Konflikte. SRSP-Programmverantwortlicher Syed Asad Qadir berichtet im Interview:

„Das Sarhad Rural Support Programme ist seit 1989 in der Region tätig. In der Provinz Khyber Pakhtunkhwa sind wir heute die größte Nichtregierungsorganisation. Unsere Grundüberzeugung ist: Die Menschen sind in der Lage, sich selbst um ihre Entwicklung zu kümmern. Wenn man sie unterstützt, sich zu organisieren – auch technisch und finanziell –, dann kann man zusehen, wie Veränderung entsteht. Deshalb gehen wir in die Dörfer und sprechen dort mit den lokalen Gruppierungen. Vielleicht können wir nicht immer alle erreichen. Aber wenn wir möglichst viele einbeziehen, erzielen wir nachhaltigere Ergebnisse.“

SRSP arbeitet auch in den ehemaligen semi-autonomen Gebieten unter Zentralverwaltung (Federally Administered Tribal Areas, FATA) entlang der Grenze zu Afghanistan. Seit 2009 bekämpfen sich dort die Armee und militante Gruppen. Durch die Unsicherheit wurden Hunderttausen-

de Menschen vertrieben. „Die FATA haben eine von Menschen verursachte Katastrophe durchgemacht“, sagt Asad. „Vor den Vertreibungen gab es dort ein traditionelles Streitschlichtungssystem, die Jirga, in dem die Konflikte beigelegt wurden: sei es innerhalb von Familien oder zwischen Nachbarn, Dörfern und sogar ganzen Stämmen. Die lokalen Ältesten spielten dabei eine große Rolle.“ Doch durch die Vertreibungen wurde das soziale Gefüge zerstört, und viel Wissen über die alten Traditionen ging verloren.

2018 wurden die FATA als sogenannte „Newly merged Districts“ der Provinz Khyber Pakhtunkhwa angegliedert. Viele Binnenvertriebene sind seither in ihre Heimat zurückgekehrt. Aber mit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan und durch die allgemein instabile Lage in Pakistan selbst hat sich die Sicherheitslage in der Gegend wieder verschlechtert. Es gibt viel Misstrauen gegenüber staatlichen Stellen und Akteur_innen. Hinzu kommen die Folgen von Naturkatastrophen: Die verheerenden Überschwemmungen im Jahr 2022 trafen auch Khyber Pakhtunkhwa. Erneut wurden Hunderttausende vertrieben.

All das hat den sozialen Zusammenhalt in den lokalen Gemeinschaften stark geschwächt. „Durch die Vertreibung haben die Menschen das moderne Leben in den unteren Bezirken gesehen“, sagt Asad, also in den südlichen Regionen im Tal. „Und im Norden sind in der Zeit der Unruhen viele Ältere getötet worden. Die Regierung hat vor allem



Treffen eines Senior Citizen Councils © HelpAge International

die Jugend gefördert, um die Menschen zur Rückkehr zu bewegen. Aber ohne die Alten würde das nicht funktionieren.“

Senior Citizen Councils als transformative Akteure der Friedensförderung

SRSP arbeitet gezielt daran, Ältere verstärkt einzubinden, um traditionelles Wissen zur Konfliktlösung in den Gemeinschaften wiederzubeleben: durch Senior Citizen Councils (SCCs), in denen ältere und jüngere Menschen zusammenarbeiten.

„Die Senior Citizen Councils fördern eine offene Kommunikation zwischen den Konfliktparteien und einem Umfeld, in dem Lösungen auf friedliche Weise ausgehandelt werden.“

Syed Asad Qadir, Sarhad Rural Support Programme

Die Ältesten-Komitees spielen laut SRSP „eine transformative Rolle“ in der Konfliktlösung in

ihren Gemeinden: „Mit dem Schwerpunkt auf der Lösung lokaler Streitigkeiten an der Basis haben sie sich als äußerst effektiv bei der Vermittlung in und Lösung von Konflikten erwiesen, die in der Vergangenheit die Beziehungen zwischen den Gemeinden belasteten.“ Im Laufe des Projekts hätten die Senior Citizen Councils 450 Streitigkeiten erfolgreich geschlichtet, und die Zahl steige weiter. „Darunter sind komplexe und langjährige Themen wie Erbschafts- und Landrechte. Durch die Bereitstellung einer strukturierten Plattform für den Dialog erleichterten die Senior Citizen Councils eine offene Kommunikation zwischen den Konfliktparteien und förderten ein Umfeld, in dem Missstände geäußert und Lösungen auf friedliche Weise ausgehandelt werden konnten. Dieses Vorgehen löste nicht nur die Spannungen, sondern verhinderte auch die Eskalation von Streitigkeiten, die zu weiteren Spaltungen und Gewalt hätten führen können.“

SRSP führt die Wirksamkeit der Ältesten-Komitees in der Konfliktlösung „auf ihren inklusiven und gemeinschaftsorientierten Charakter“ zurück. Da die Komitees sich aus angesehenen Älteren,



Jugendlichen und Vertretern aus verschiedenen weiteren Gruppen zusammensetzen, Binnenvertriebene eingeschlossen, konnten sie auf ein breites Spektrum an Perspektiven und Erfahrungen zurückgreifen. Diese Vielfalt habe es ihnen ermöglicht, „Konflikte mit einem tiefen Verständnis für die sozialen und kulturellen Kontexte anzugehen und ihre Mediationsbemühungen auf die spezifischen Bedürfnisse und Befindlichkeiten der Streitparteien abzustimmen“.

Durch Schulungen im Konfliktmanagement wurde vermittelt, Streitigkeiten mit Professionalität und Empathie auszutragen. Die Arbeit wurde sorgfältig und transparent dokumentiert, was zu mehr Vertrauen der Gemeinschaften in die eigene Arbeit beitrug. Insgesamt stärkten die Senior Citizen Councils eine Kultur des Friedens und der Versöhnung und die Zahl der Streitigkeiten werde verringert, sagt Asad. Konflikte könnten oft frühzeitig gelöst werden – also bevor sie sich weiter ausbreiten und eskalieren. „Wenn man die Streitparteien rechtzeitig anruft, lässt sich ein größerer Konflikt vermeiden.“

Ein anderer Projektteil bietet den Menschen in ihren Gemeinschaften eine Berufsausbildung, um sie wirtschaftlich zu stärken, was gleichfalls hilft, Konflikte zu reduzieren. Mehr als 600 Personen, darunter die Hälfte Frauen, wurden in wirtschaftlich nutzbaren Fähigkeiten ausgebildet. Haushalteinkommen stiegen an und der wirtschaftliche Druck sank. Die wirtschaftliche Abhängigkeit von Frauen und älteren Erwachsenen innerhalb ihrer Familien verringerte sich und Ressourcenkonflikte wurden minimiert. Marginalisierte Gruppen zu integrieren, stärkte den sozialen Zusammenhalt.

Die NRO will vor allem eine nachhaltige Entwicklung der lokalen Gemeinschaften dadurch vorantreiben, indem sie ihre Selbsthilfekräfte mobiliert. „Wenn die Menschen ein gutes und würdiges Leben führen können, wenn die Jugend produktiv tätig ist, statt perspektivlos herumzusitzen, entsteht viel weniger Streit“, betont Asad. Dazu führt

SRSP beispielsweise Ausbildungs- und Mikrofinanzprogramme durch, errichtet Infrastruktur und engagiert sich für Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion. Allerdings hat der Anteil der Humanitären Hilfe an der Arbeit der NRO zuletzt zugenommen.

HelpAge arbeitet mit SRSP zusammen, wenn es darum geht, ältere Menschen einzubeziehen: Etwa bei den Senior Citizen Councils, die Kampagnen zu Entwicklungsthemen durchführen und relevante Interessensgruppen ansprechen. Oder indem sie insbesondere für ältere Frauen, die in der konservativen Gesellschaft nur eingeschränkt in der Lage sind, ein eigenes Einkommen zu generieren, wirtschaftliche Perspektiven eröffnen. Zudem sensibilisieren sie gemeinsam Regierungsmitarbeitende für die Rechte und Bedürfnisse älterer Menschen.

Lokale Partizipation als Friedensstrategie

Die Grundidee von SRSP ist es, mit jedem Projekt die Gemeinschaften zu stärken. Die Menschen sollen gemeinsam selbst entscheiden, was sie benötigen, sagt Asad – auch dadurch werden Konflikte verhindert. „Wir arbeiten in einer komplexen Umgebung. Jedes Dorf ist anders. Wir haben Blaupausen, aber wir müssen immer flexibel bleiben und



Freizeitaktivitäten an einer Schule für Mädchen
© HelpAge International



Fortbildung zur Reparatur von Elektrogeräten © HelpAge International

den Weg wählen, der in der jeweiligen Gemeinschaft am besten passt.“ Welcher das ist, entscheidet die Gemeinschaft selbst.

Entscheidend seien Transparenz und Respekt vor der lokalen Kultur, sagt Asad. Dieser Respekt beginne schon in kleinen Dingen: „Wenn wir an einer Versammlung teilnehmen, und alle sitzen auf dem Boden, dann werden wir nicht um einen Stuhl bitten.“ Er erzählt von einem Training, an dem eine Frau mit einem Baby teilnahm – die eines Tages plötzlich nicht mehr kam. „Ein örtlicher Religionsgelehrter hat uns angesprochen. Er sagte, sie seien nicht gegen das Training. Aber die Frau würde dadurch unangemessene Kontakte haben. Wir haben die Gruppe zweigeteilt, so dass sie wieder teilnehmen konnte.“ So werde Vertrauen geschaffen und bewahrt.

Asad beschreibt an zwei Beispielen, wie ein Projekt zusammen mit der Gemeinschaft entwickelt werden kann: „Angenommen, wir kommen mit einem Infrastrukturvorhaben in ein Dorf, aber die

Menschen dort wünschen sich zunächst bessere Möglichkeiten zum Lebensunterhalt. Also schauen wir gemeinsam, was sie unternehmen könnten, welche Fähigkeiten und Kapazitäten sie bereits haben, welche Unterstützung sie brauchen, und erstellen eine Liste mit Prioritäten. Am Ende können daraus beispielsweise Mikro-Wasserkraftanlagen entstehen. Von ihnen haben wir schon einige gebaut. Das sind Kleinstkraftwerke, die von der Gemeinschaft selbst betrieben und gewartet werden. Die Gemeinschaft vertreibt den Strom selbst, führt die Bücher, und sie kann die Einnahmen in weitere Entwicklungsprojekte einbringen, etwa um eine Straße zu bauen, auf der lokale Erzeugnisse zum Markt gebracht werden können.“ In einem anderen Dorf errichtete SRSP eine Wasserversorgungseinheit und kombinierte das auf Anregung der Gemeinschaft mit dem Bau eines Sportplatzes am Rande des Dorfs. Der Platz entwickelte sich zu einem Treffpunkt zweier benachbarter Dörfer – der soziale Zusammenhalt wurde gestärkt. Asad sagt: „Nur, wenn wir alle zusammenarbeiten, können wir wirklich etwas für den Frieden tun.“



NIGERIA

MIT BOHRLÖCHERN UND SPARGRUPPEN FRIEDEN SCHAFFEN

Christoffel-Blindenmission (CBM)

Im Projekt NoCTRAiN hat die Christoffel-Blindenmission von 2019 bis 2023 im Norden Zentralnigerias Bohrlöcher zur Trinkwasserversorgung errichtet und Dorfspark- und Kreditgruppen initiiert, um so die Lage von Binnenvertriebenen und Menschen in den aufnehmenden Gemeinden zu verbessern und Spannungen zwischen beiden Gruppen zu minimieren. David Sabo, humanitärer Landeskoordinator und Technischer Spezialist für CBM, hat NoCTRAiN gemeinsam mit lokalen Partnern und dem CBM-Landesbüro in Abuja entwickelt und es gemeinsam mit vier nigerianischen Partnerorganisationen und den örtlichen Gemeinden implementiert. Im Interview berichtet er von den Ergebnissen.

Die Abkürzung NoCTRAiN steht für North Central Transitional Aid in Nigeria, Übergangshilfe im Norden Zentralnigerias. Das Projekt, das zwischen Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit angesiedelt ist, entstand als Reaktion auf eine humanitäre Krise in den drei Bundesstaaten Plateau, Nasarawa und Benue. Sie habe sich vor allem aus Konflikten zwischen sesshaften Farmern und nomadisch lebenden Viehhirten entwickelt, sagt David Sabo. Zudem hätten die Gemeinden der Region viele Binnenvertriebene aufgenommen, was zusätzliche Ressourcenkonflikte und Spannungen mit sich bringe. Vor diesem Hintergrund sollte NoCTRAiN vor allem die Widerstandsfähigkeit der Menschen stärken, „damit sie sich erholen und sich selbst wieder eine Existenzgrundlage aufbauen können“.

CBM bringt gemeinsam mit seinen nigerianischen Partnerorganisationen im Projekt verschiedene Menschen zusammen. Sie gehören unterschiedlichen ethnischen Gruppen und Religionen an, sind Frauen und Männer mit und ohne Behinderung, Ortsansässige und Binnenvertriebene. NoCTRAiN schafft Anreize für ihre Kooperation. „Die Friedensförderung war dabei gar nicht unser erstes Ziel“, sagt Sabo. „Aber wenn verschiedene Menschen gemeinsam etwas für ihre Gemeinschaft tun, wächst auch ihre Fähigkeit, Konflikte untereinander friedlich zu lösen.“

NoCTRAiN besteht im Wesentlichen aus drei Teilen: der Gesundheitsförderung, insbesondere von Augen- und reproduktiver sowie psychischer Gesundheit; aus Maßnahmen für eine bessere Trinkwasser- und Sanitärversorgung (WASH) sowie aus der Existenzsicherung. Der Bau von Trinkwasserbrunnen, die für alle öffentlich zugänglich und barrierefrei konstruiert sind, und die eingerichteten Komitees für ihren Betrieb fördern sozialen Zusammenhalt. Gleiches gilt vor allem für die von NoCTRAiN in den Gemeinden initiierten Dorfspark- und Kreditgruppen.

„Egal, wer Du bist, wie viel Geld Du in die Gruppe einbringst, ob Du eine Frau bist oder ein Mann, ob Du eine Behinderung hast oder nicht: Jede Stimme ist genau gleich viel wert.“

David Sabo, CBM



„Wir arbeiten hart daran, besonders abgelegene Gemeinden zu erreichen, in die sonst wirklich niemand geht“, sagt Sabo. „Zum Beispiel im Bundesstaat Plateau: Ich bin dort aufgewachsen. Aber für NoCTRAiN bin ich an Orte gereist, von denen ich zuvor nicht wusste, dass sie überhaupt existieren.“ Das Ziel von CBM: Gerade in fragilen Verhältnissen wie in Nordzentralnigeria soll die Hilfe alle erreichen – gerade auch Menschen mit psychischen oder körperlichen Beeinträchtigungen. „Wir wollen erreichen, dass auch sie eine Stimme erhalten und gleichberechtigt sind“, sagt Sabo. Denn Menschen mit Behinderung sind besonders häufig von Armut und Diskriminierung betroffen und oft auch Misshandlungen ausgesetzt. Dafür, dass sich ihre Lage verbessert, engagiert sich CBM auch durch den Austausch mit anderen Nichtregierungsorganisationen vor Ort und mit Akteur_innen der deutschen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit.

Gemeinsame Wasserversorgung als verbindender Moment

In der Projektregion von NoCTRAiN herrscht mangelnder Zugang zu sauberem Wasser. Dies wird durch den Klimawandel verschärft und führt zu Konflikten, sagt Sabo. Der Bau von Brunnen könne

dem entgegenwirken. Dies geschieht – wie alle Aktivitäten – in enger Abstimmung mit den maßgeblichen Behörden, Interessensverbänden und lokalen Autoritäten. An den Führungspersonen in den Gemeinden führt kein Weg vorbei: Im Dialog mit ihnen identifiziere CBM die wichtigsten Herausforderungen, sagt Sabo. „Und wir finden gemeinsam heraus, was für ein friedlicheres Zusammenleben zu tun ist.“ Ab einem gewissen Zeitpunkt geht die Verantwortung für den Erhalt und Betrieb der Trinkwasseranlagen dann auf die Gemeinschaften über. Dafür bildet CBM Instandhaltungs-Techniker_innen aus. Die Gründung von Wasserkomitees wird angeregt, die die administrativen Abläufe regeln und so Konflikte vermeiden sollen. Die Idee: Wenn Gemeinschaften über ethnische oder religiöse Grenzen hinweg gemeinsam einen Trinkwasserbrunnen betreiben, kann sie das einen.

Das Ziel von CBM: Gerade in fragilen Verhältnissen wie in Nordzentralnigeria soll die Nothilfe alle erreichen. „Menschen mit Behinderung sind die Ärmsten der Armen“, sagt Sabo. „Ob sie nun psychisch oder körperlich beeinträchtigt sind, schlecht sehen, hören oder gehen können, unter Lepra leiden oder Albinismus. Viele Hilfsprojekte haben ihre Bedürfnisse eher nicht im Blick.“ Deshalb fokussiert CBM seine Arbeit auf sie. Das kann



Bürger_innen einer Gemeinde in Nordzentralnigeria © Christoffel-Blindenmission



Konflikte zwischen der Land- und Viehwirtschaft in Nigeria haben tiefe Wurzeln © Christoffel-Blindenmission

etwa durch gezielte Trainings von Mitarbeitenden geschehen, durch bewusstseinsbildende Kampagnen oder durch bauliche Maßnahmen, um den Zugang zu Gebäuden zu ermöglichen. Im Austausch mit anderen NRO befördert CBM inklusive Projekte und tritt auch in der deutschen Politik für die Interessen von Menschen mit Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit ein.

Wirtschaftliche Teilhabe durch Dorfspar- und Kreditgruppen

Aktiv geht es darum, dass sich an den Dorfspar- und Kreditgruppen (Village Savings and Loan Associations) Menschen aus unterschiedlichsten Gruppen beteiligen. Diese Vereine sind sehr divers zusammengesetzt und tragen als Element von NoCTRAiN wohl am deutlichsten zum Frieden bei. Ihr Prinzip: Menschen verschiedener ethnischer Gruppen, mit und ohne Behinderung, Frauen und Männer, Binnenvertriebene und Menschen aus den Aufnahmegemeinden schließen sich zusammen und sparen gemeinsam. Sie können Mikro-Darlehen erhalten, etwa für die Landwirtschaft oder kleine Handelsgeschäfte. Dabei geben sich die Gruppen ihre eigenen Regeln. Sie legen beispielsweise fest, wie hoch die regelmäßigen Einzahlungen

sein müssen und was geschieht, wenn jemand einen Kredit nicht zurückzahlt kann. Eine Regel sei aber immer gleich, sagt Sabo: „Egal, wer Du bist, wie viel Geld Du in die Gruppe einbringst, ob Du eine Frau bist oder ein Mann, ob Du eine Behinderung hast oder nicht: Jede Stimme ist genau gleich viel wert. Niemand zählt mehr als die anderen.“

In den Dorfspargruppen sähen die Menschen einander praktisch täglich, sagt Sabo. „Sie teilen ihr Geld miteinander, sie lachen und trauern zusammen, sie sprechen miteinander und besuchen sich gegenseitig. Sie geben sich Regeln, um mögliche Konflikte friedlich zu bereinigen. Oft fühlen sie sich nach ein, zwei Monaten wie eine Familie.“ Er erinnert sich an eine Ortschaft, in der die Angehörigen der christlichen und muslimischen Gemeinschaft im Streit miteinander lagen. Im Sparverein trafen sie aufeinander und mussten ihre Angelegenheiten friedlich regeln. Das habe die gesamte Gemeinde verändert. „Heute gehen die Menschen dort offen miteinander um.“

Das Modell funktioniere so gut, dass die Zahl der Sparvereine von Jahr zu Jahr wachse, sagt Sabo. „Die Menschen sehen das Miteinander, und sie sehen den Erfolg. Sie wollen auch dazu gehören.“



KAMERUN

KINDER ALS AKTEUR_INNEN DES FRIEDENS

ALDEPA und Kinderrechte Afrika

Seit zehn Jahren terrorisiert die Miliz Boko Haram den Norden Kameruns und die Region des Tschadsee-Beckens. Kinder und Jugendliche schweben in besonderer Gefahr – aber gerade sie können im Einsatz für Veränderung und Frieden auch eine herausgehobene Rolle übernehmen, sagt im Interview Marthe Wandou, Gründerin der Organisation ALDEPA und Trägerin des Alternativen Nobelpreises. Ihr Projekt ist inzwischen ein Vorbild über die Region hinaus.

Im Norden Kameruns haben Anschläge der Terrormiliz Boko Haram trotz der verschärften staatlichen Sicherheitsvorkehrungen zu wachsender Angst in der Bevölkerung und zu einer äußerst angespannten Situation geführt. Dies hat auf das soziale Leben und die wirtschaftliche Lage der Menschen drastische Auswirkungen. „Wir leben nun schon seit zehn Jahren mit der Bedrohung durch Boko Haram“, sagt Marthe Wandou. Die Kinder seien dadurch ganz besonders in Gefahr:



Das Friedenskomitee, der Club de paix et de non-violence, steht Mitschüler_innen bei Vorfällen von Gewalt oder Feindseligkeiten beratend zur Seite.
© Kinderrechte Afrika

„Die Miliz rekrutiert zwar ganze Familien“, sagt Wandou. „Aber vor allem Minderjährige, Jungen wie Mädchen, werden gezwungen oder dazu verführt, sich Boko Haram anzuschließen.“

Hinzu kommt: Weil Kinder abhängig sind von den Entscheidungen der Erwachsenen, können sie sich nur begrenzt selbst aktiv gegen Gefahren schützen. Viele haben die Gewalt direkt erlebt: Sie wurden zu Hause oder in der Schule von der Miliz überfallen, entführt, haben nahe Angehörige verloren oder wurden mit ihren Familien aus ihrem Zuhause vertrieben. Die Mädchen tragen ein hohes Risiko, Opfer sexualisierter Gewalt zu werden.

Die Juristin und Friedensaktivistin Wandou engagiert sich schon lange für ein friedlicheres Zusammenleben in der Region. Mit ihrer Organisation ALDEPA, der „Lokalen Aktion für partizipative und selbstbestimmte Entwicklung“, will sie vor allem die Mitbestimmung und Selbstverantwortung der Menschen stärken – gerade auch die Mitbestimmung von Kindern. Mit ALDEPA begleitet sie traumatisierte Mädchen und Frauen, die sexualisierte Gewalt überlebt haben. Dafür erhielt sie 2021 den Alternativen Nobelpreis. Die Jury lobte: Mit ALDEPA habe Wandou „ein Modell für den Schutz von Kindern auf Gemeindeebene angesichts von terroristischen Aufständen und geschlechtsspezifischer Gewalt in der Tschadsee-Region von Kamerun“ geschaffen.

Das Projekt „Kinder und Jugendliche als Akteur_innen des Friedens, der Stabilität und des Zusammenlebens“ wird von der deutschen Organisation



Eine Jugendgruppe sensibilisiert Passanten für die Bedeutung der friedlichen Konfliktlösung und der Gewaltfreiheit © Kinderrechte Afrika

Kinderrechte Afrika unterstützt. Der Gedanke: Wenn Kinder und Jugendliche ihre Gemeinden aktiv mitgestalten können, sind sie weniger anfällig für Missverständnisse und Frustrationen – und damit besser geschützt vor extremistischen Tendenzen und den Rekrutierungsversuchen der Terrormiliz.

Jugendclubs als Friedensbotschafter

„Wir haben in den Schulen und Gemeinden Jugendclubs für den Frieden und die Gewaltlosigkeit ins Leben gerufen“, sagt Wandou. „Die Kinder sollen zu Friedensstifter_innen werden und als Friedensboten auch andere sensibilisieren: ihre Familien, ihre Freund_innen und die Nachbar_innen in den Gemeinden, damit sie sich nicht freiwillig der Terrorgruppe anschließen. Das hat gut funktioniert.“ In vielen der Gemeinden sei der Anteil von Binnenvertriebenen und Geflüchteten an der Bevölkerung sehr hoch. „Diese Menschen verstehen sofort, wie wichtig es ist, sich gegen Ge-

walt und für den Frieden zu engagieren. Und die jungen Leute sind sehr engagiert. Sie interessieren sich für andere, und sie haben viel Freude daran, mit anderen zu interagieren, sie beispielsweise durch Lieder, Sketche oder kleine Theaterstücke zu sensibilisieren.“

Dafür nutzt ALDEPA auch den aus Ruanda stammenden psychosozialen Living-Peace-Ansatz. Er geht davon aus, dass das individuelle Verhalten durch kulturelle und soziale Normen geprägt wird. Ebenso von Institutionen und Gruppen, denen man sich zugehörig fühlt. Wie jemand mit Spannungen, Kränkungen oder Konflikten umgeht, hat mit den traditionell in einer Gesellschaft verankerten Geschlechterrollen und unterschiedlichen Erwartungen an Männer und Frauen zu tun. Im Living-Peace-Ansatz werden solche Einflussmechanismen offengelegt und reflektiert – das kann Menschen helfen, sich zu ändern. „Es ist ein transformativer Ansatz, den auch Kinder und Jugendliche in ihren Aktivitäten nutzen können, um



Anhand von selbst erstellten Comics verdeutlichen Jugendliche ihren Mitschüler_innen die Gefahren von Hass und Gewalt © Kinderrechte Afrika

andere Menschen zu sensibilisieren“, sagt Wandou. „Er wurde genutzt, um diejenigen, die in den Völkermord verwickelt waren, zu Akteur_innen des Friedens machen.“

Kinder vor Boko Haram schützen, indem sie gehört werden

Als Kinderschutzorganisation engagiert sich ALDEPA auch für Kinder, die bei Boko Haram gekämpft haben. Wandou will ihnen helfen, wieder einen friedlichen Platz im Leben zu finden, auch wenn sie dabei auf Widerstände stößt. „Gemäß internationalem Recht sind sie ebenso Opfer von Boko Haram wie die Mädchen, die von der Miliz entführt wurden“, sagt sie. Einige Ex-Kindersoldaten konnten das Gefängnis durch ihren Einsatz bereits verlassen.

Das große Ziel von ALDEPA aber ist es, das gegenseitige Vertrauen zwischen Männern und Frauen, Kindern und Erwachsenen, Angehörigen verschiedener Religionen und Menschen unterschiedlicher regionaler Herkunft zu stärken. Ein übergreifender Dialog soll in Gang gesetzt werden, um eine solide Basis für künftige Friedensprozesse zu schaffen. Für die Region sind solche Dialoge ungewöhnlich: Die Gesellschaft ist traditionell sehr konservativ. Frauen und Männer agieren üblicherweise nicht gleichberechtigt, Kinder sollen den Erwachsenen vor allem Respekt erweisen und werden nicht in die Lokalpolitik involviert – auch nicht, um sie vor den Rekrutierungsversuchen von Boko Haram zu schützen.

Es war nicht immer einfach, die lokalen Behörden davon zu überzeugen, dass die Kinder etwas zu sagen hätten. Doch Wandou gelang es, in den Ge-

meinden wirkliche Dialoge in Gang zu setzen, wie sie sagt. „Bei uns sprechen Männer mit Frauen, Muslime mit Christen, Eltern mit ihren Kindern“, sagt sie. Um das zu erreichen, habe es zuweilen geholfen, zunächst ein klar umrissenes Thema zu definieren und alle Menschen der Gemeinde zum Gespräch zu bitten, die unmittelbar davon betroffen waren. So entstand Vertrauen. Daran konnte angeknüpft werden. Durch konsequente Transparenz gewann ALDEPA mit der Zeit auch das Vertrauen der lokalen Amtsträger_innen. „Wir haben immer offen agiert, damit sie sehen konnten, was wir taten. Irgendwann haben sie verstanden, dass wir auf der gleichen Seite stehen wie sie: Uns allen geht es darum, eine friedlichere Gesellschaft zu schaffen“, sagt Wandou.

Um die verschiedenen Glaubensrichtungen zusammenzubringen, sprach ALDEPA mit den religiösen Führungspersönlichkeiten. „Wir haben gemeinsam mit ihnen die Friedensbotschaften aus der Bibel, dem Koran und traditionellen Religionen analysiert.“ Anfänglich hätten die Angehörigen

unterschiedlicher Religionen Angst voreinander gehabt. „Die Christen dachten, die Muslime hätten womöglich Verbindungen zu Boko Haram. Und die Muslime hatten Sorge, sie würden angegriffen, wenn sie sich mit Christen einlassen.“ Mithilfe der religiösen Würdenträger gelang es, die Angst zu überwinden.

Durch die Dialoge sei ein neuer Zusammenhalt in den Gemeinden entstanden, sagt Wandou. Aus dem Projekt sind einige Handbücher hervorgegangen. Darunter pädagogische Materialien, die gemeinsam mit den Kindern erstellt wurden und eine Sammlung von Best Practices. Die gewonnenen Erkenntnisse können so auch anderswo genutzt werden, zum Beispiel im Regionalprojekt „Kinder und Jugendliche als Friedensstifter_innen – Übertragung bewährter Ansätze für ein friedliches interkulturelles Zusammenleben im Norden Benins, Kameruns und Togos“, das von Kinderrechte Afrika, ALDEPA und lokalen Partner_innen umgesetzt wird.



• • • •

ANHANG



INTERVIEWPARTNER_INNEN

In der Reihenfolge ihrer Erwähnung:

KAPITEL 1

Frieden: Mehr als nur die Abwesenheit von Krieg

- Christoph Bals, Germanwatch
- David El Haidag, Help – Hilfe zur Selbsthilfe
- Sebastian Hundt, Eine Welt Leipzig
- Maria Tuzani, Eine Welt Leipzig

KAPITEL 2

Konfliktprävention und Ursachenbekämpfung

- John Burke Baidoo, Ripples International
- Prince Mwenda, Ripples International
- Nehal Hussein, CARE Egypt Foundation
- Tatyana Zaichenka, DVV International

KAPITEL 3

Bildungsarbeit im Inland als Konfliktprävention

- Malte Wulffinghoff, Eine Welt Netz NRW
- Maximilian Kimmich, Handicap International

KAPITEL 4

Arbeiten in (eskalierten) Konfliktsituationen

- Odile Bulabula, Reseau d’Innovation Organisationelle (RIO)
- Sr. Medhin Tesfay, Daughters of Charity
- Cassagnol Destiné, nph Kinderhilfe Lateinamerika
- Rina Rosenberg, Adalah

KAPITEL 5

Friedenskonsolidierung in Post-Konflikt-Situationen

- Rosa Emilia Salamanca, Corporación de Investigación y Acción Social y Económica (CIASE)
- Syed Asad Qadir, Sarhad Rural Support Programme (SRSP)
- David Sabo, Christoffel-Blindenmission (CBM)
- Marthe Wandou, ALDEPA

Wir danken allen, die zu dem Report beigetragen haben und die vielen interessanten Gespräche möglich gemacht haben.



QUELLEN

Auswärtiges Amt (2023):

Feministische Außenpolitik gestalten. Leitlinien des Auswärtigen Amts. ↗ www.auswaertiges-amt.de/blob/2585008/d444590d5a7741acc6e-37a142959170e/ll-ffp-data.pdf

BICC Bonn International Centre for Conflict Studies, IFSH Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, INEF Institut für Entwicklung und Frieden, PRIF Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung (2024):

Friedensgutachten 2024: Welt ohne Kompass. Bielefeld, transcript Verlag. Ausgabe 2024 | friedensgutachten ↗ <https://friedensgutachten.de/2024/ausgabe>

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2021):

Erfahrungen aus der Praxis des Humanitarian-Development-Peace Nexus (HDP) – eine Literatursichtung. ↗ www.bmz.de/resource/blob/79792/smateriale565-humanitarian-development-peace-nexus.pdf

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2021):

Frieden fördern. Resilienz stärken. Beitrag der strukturbildenden Übergangshilfe zu einem friedlichen und inklusiven Zusammenleben. Themenblatt für Umsetzungspartner des BMZ. Frieden fördern. Resilienz stärken. ↗ www.bmz.de/resource/blob/89882/factsheet-friedliches-und-inklusives-zusammenleben-de.pdf

Bundesregierung (2021):

Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern. Bericht über die Umsetzung der Leitlinien der Bundesregierung. Umsetzung der Leitlinien der Bundesregierung: Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern –

Auswärtiges Amt. ↗ www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/krisenpraevention/leitlinien-krisen/217444

Bundesregierung (2017):

Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern. Leitlinien der Bundesregierung. ↗ www.auswaertiges-amt.de/blob/1213498/d98437ca3ba49c0ec6a461570f56211f/krisen-verhindern-data.pdf

DVV International:

Curriculum PreViEx. ↗ www.dvv-international.de/ale-toolbox/lehren-und-fortbilden/curriculum-previex

Johan Galtung (2007):

Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek bei Hamburg 1975. In: Kailitz, Steffen (Hrsg.): Schlüsselwerke der Politikwissenschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften. ↗ doi.org/10.1007/978-3-531-90400-9_36

Johan Galtung (1990):

Cultural Violence. Journal of Peace Research, 27(3), 291-305. ↗ www.jstor.org/stable/423472

Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD (2022):

States of fragility. Report. ↗ www.oecd.org/en/publications/states-of-fragility-2022_c7fedf5e-en.html

Sändig, J., Dalmer, N., Ide, T., Vogler, A. (2024):

From climate conflicts to environmental peacebuilding: Exploring local dimensions. Environment and Security, 2(1), 3–20.
↗ doi.org/10.1177/27538796241231090



Stockholm International Peace Research Institute, SIPRI (2024):

SIPRI Yearbook 2024. Armaments, Disarmament and International Security. Oxford University Press. ↴ www.sipriyearbook.org/view/9780198930570/sipri-9780198930570.xml

United Nations, UN (2023):

The Sustainable Development Goals Report, Special Edition. ↴ <https://unstats.un.org/sdgs/report/2023/>

United Nations Development Programme, UNDP (1994):

Bericht über die menschliche Entwicklung.
↳ www.hdr.undp.org/system/files/documents/hdr1994encompletenostats.pdf

United Nations Human Rights Office of the High Commissioner (7. Oktober 2024):

UN experts call for end of violence and accountability after year of human loss and suffering and blatant disregard for international law.
↳ www.ohchr.org/en/press-releases/2024/10/october-un-experts-call-end-violence-and-accountability-after-year-human

United Nation Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (22. Oktober 2024):

Reported impact snapshot | Gaza Strip.
↳ www.ochaopt.org/content/reported-impact-snapshot-gaza-strip-22-october-2024

VENRO (2019):

Noch Ausnahme oder schon Normalfall?
Die Zusammenarbeit mit fragilen Staaten.
Positionspapier. ↴ www.venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Positionspapiere/VENRO-Positionspapier_Fragile_Staaten_2019_WEB.pdf

VENRO (2024):

Von der Idee zur Realität: Umsetzung und Institutionalisierung feministischer Außen- und Entwicklungspolitik in Deutschland.

Stellungnahme. ↴ www.venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Stellungnahmen/VENRO_Stellungnahme_Feministische_Au%C3%9Fen- und Entwicklungs-politik_2024.pdf

VENRO et al. (2024):

Deutschlands Engagement für Krisenprävention und Friedensförderung darf nicht unter die Räder kommen. Zur Überarbeitung der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ der Deutschen Bundesregierung.
↳ www.venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Stellungnahmen/Zu_2_NIF_Gemeinsame_Stellungnahme_Leitlinien_ZKP_2024.pdf

In der Reihe der NRO-Reports sind bereits erschienen:

- ↳ **Feminist Journeys.** So können entwicklungspolitische und humanitäre Nichtregierungsorganisationen ihre Arbeit feministischer gestalten, 2024.
- ↳ **Shifting Power.** Wie entwicklungspolitische und humanitäre Nichtregierungsorganisationen den Folgen von Kolonialismus in ihrer Arbeit begegnen können, 2022.
- ↳ **Wir mischen uns ein.** Advocacy-Arbeit in der zivilgesellschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit, 2021.
- ↳ **Tech for Good.** Möglichkeiten und Grenzen digitaler Instrumente in der Entwicklungszusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen, 2019.
- ↳ **Unbequeme Partner?** Von Konfrontation bis Kooperation: Strategien von Nichtregierungsorganisationen gegenüber Unternehmen, 2018.



VENRO-MITGLIEDER

A

@fire Internationaler Katastrophenschutz Deutschland e.V.
action medeor
ADRA Deutschland
AGIAMONDO
Aktion Canchanabury
Aktion gegen den Hunger gGmbH
AMICA e.V.
ANDHERI-HILFE e.V.
Apotheker helfen e.V.
Apotheker ohne Grenzen e.V.
Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
arche noVa
Ärzte der Welt
ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
AT-Verband
AWO International

B

Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
BONO-Direkthilfe
BORDA e.V.
Brot für die Welt
Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
Bundesvereinigung Lebenshilfe

C

CARE Deutschland e.V.
Caritas International
CBM Christoffel-Blindenmission Christian Blind Mission e.V.
CHANGE e.V.
ChildFund Deutschland
Christliche Initiative Romero

D

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
Das Hunger Projekt e.V.
DED-Freundeskreis
Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
Deutsche Kommission Justitia et Pax
Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Deutsch-Indische Zusammenarbeit e.V.

Deutsch-Syrischer Verein e.V. (DSV)
DGB-Bildungswerk BUND – Nord-Süd-Netz
Difäm – Deutsches Institut für Ärztliche Mission
Don Bosco Mondo
DVV International – Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes

E

ECPAT Deutschland e.V.*
Eine Welt Netz NRW
EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
Energypedia UG
EPIZ – Zentrum für Globales Lernen in Berlin
Erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldigung
Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)

F

Fairtrade Deutschland e.V.
Fairventures Worldwide
FIAN Deutschland
ForAfrika Deutschland
Forum Fairer Handel
FUTURO SÍ

G

Gemeinschaft Sant'Egidio
German Doctors
German Toilet Organisation
Germanwatch
GLS Zukunftsstiftung Entwicklung

H

Habitat for Humanity Deutschland
Handicap International
Help – Hilfe zur Selbsthilfe
HelpAge Deutschland
Hilfe für Afrika e.V.
Hoffnungszeichen / Sign of Hope
humedica

I

Indienhilfe
INKOTA-netzwerk
Internationaler Bund (IB)
Internationaler Hilfsfonds
International Justice Mission Deutschland
Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
Islamic Relief Deutschland

**J**

Johanniter-Auslandshilfe

K

KAIROS Europa

Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie

KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung

Kinderhilfswerk Stiftung Global-Care

Kindernothilfe

Kinderrechte Afrika

KOLPING International Cooperation e.V.

L

LSVD+ – Verband Queere Vielfalt e. V.

Lichtbrücke

Light for the World

M

Malteser International

MARIE-SCHLEI-VEREIN e. V. – Entwicklungsprojekte
für Frauen

Masifunde Bildungsförderung e.V.*

materra – Stiftung Frau und Gesundheit

medica mondiale

medico international

MISEREOR

Missionsärztliches Institut Würzburg

N

NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V.

Neuapostolische Kirche-karitativ e.V.

nph Kinderhilfe Lateinamerika e.V.

O

OIKOS EINE WELT e. V.

Ökumenische Initiative Eine Welt e.V.

Opportunity International Deutschland

ora Kinderhilfe international e.V.

OroVerde – Die Tropenwaldstiftung

Oxfam Deutschland

P

Partnership for Transparency Fund e.V. (PTF Europe)

Plan International Deutschland

R

Rhein-Donau-Stiftung

S

Samhathi – Hilfe für Indien

Save the Children Deutschland

Senegalhilfe-Verein

Society for International Development Chapter Bonn (SID)

SODI – Solidaritätsdienst International

Solidaridad Deutschland e.V.*

SOS-Kinderdörfer weltweit

SOS Humanity

Stiftung Childaid Network

Stiftung der Deutschen Lions

Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)

Stiftung Kinderzukunft

Stiftung Nord-Süd-Brücken

Street Child Deutschland e.V.

SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene

Susila Dharma – Soziale Dienste

T

Tearfund Deutschland e.V.

Terra Tech Förderprojekte

TERRE DES FEMMES

terre des hommes Deutschland

Tierärzte ohne Grenzen (ToG)

V

Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e.V. *

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)

Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungs-
organisationen Brandenburgs (VENROB)

Verein entwicklungspolitischer

Austauschorganisationen e.V. (ventao)

Visions for Children e.V.*

Vision Hope International e.V.*

W

W. P. Schmitz-Stiftung

Weltfriedensdienst

Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee

Welthaus Bielefeld

Welthungerhilfe

Weltladen-Dachverband

Weltnotwerk der KAB Deutschlands

Werkhof Darmstadt

Westfälisches Kinderdorf e.V.

World University Service

World Vision Deutschland

Z

ZOA Deutschland gGmbH

VENRO hat aktuell 146 Mitglieder (Stand: November 2024)

*Gastmitglied



IMPRESSUM

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher
Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)
Stresemannstraße 72
10963 Berlin
Tel: 030/26 39 299-10
E-Mail: sekretariat@venro.org

Autorin: Alexandra Endres

Konzept und Redaktion: Almut Huss

Endredaktion: Janna Völker

Lektorat: Silke Pachal

Layout & Illustrationen: A. Rusch / Die Projektoren

Druck: dieUmweltDruckerei

Auflage: 700 Exemplare

Diese Publikation wurde klimaneutral mit Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe
auf 100-prozentigem Recyclingpapier gedruckt.

Berlin, Januar 2025

Diese Publikation wurde gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein VENRO verantwortlich; die hier dargestellten
Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des BMZ wieder.



VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nicht-regierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören aktuell rund 150 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik;
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik und Humanitären Hilfe;
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische und humanitäre Themen und für eine nachhaltige Entwicklung.

VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen

www.venro.org

